

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M., im Voraus zahlbar. Postzugang 4,22 M., einschließlich 60 Pf. Postfracht- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Frauenstimme“, „Zeitung“, „Bild in die Bürgerwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtblätter“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Monopollage des „Vorwärts“ ist ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Reichsdruckgesetzes. Die einseitige Monopollage des „Vorwärts“ ist ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Reichsdruckgesetzes. Die einseitige Monopollage des „Vorwärts“ ist ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Reichsdruckgesetzes.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Rechtsdrucker: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volksbankkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 63. Dt. S. u. Disc.-Ges., Depositenkassa Lindenstr. 3.

Wahltag: 14. September!

Notverordnungen aufgehoben: nach Rheinfestern wird weiter verordnet

Ämtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskabinetts durch Verordnung vom gestrigen Tage den Termin für die Neuwahl des Reichstages auf Sonntag, den 14. September d. J., festgesetzt.

Ein Aufruf der Reichsregierung und unsere Antwort!

Das Reichskabinett veröffentlicht einen von sämtlichen Ministern unterzeichneten Wahlauftrag an das deutsche Volk. Hier ist dieser Aufruf und unsere Antwort dazu:

An das deutsche Volk! Der Reichstag hat die Mittel verweigert, deren das Reich zur Durchführung seiner Aufgaben bedarf.

Das ist nicht wahr! Die Sozialdemokratie war bis zum letzten Augenblick bereit, dem Reiche die nötigen Mittel zu bewilligen — wie sie immer dazu bereit war. Sie hat bis zuletzt positive ernsthafte Vorschläge gemacht, die von dieser Regierung nicht aus sachlichen, sondern aus parteipolitischen Gründen beiseite geschoben worden sind!

Die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten sind von einer geringen Mehrheit abgelehnt worden, die in sich uneinig und zur Übernahme der Verantwortung nicht fähig ist.

Diese Notverordnungen stellen einen Verfassungsverbruch dar, sie müßten deshalb aufgehoben werden. Die Parteien, die sich für sie eingesetzt haben, haben die Verfassung verletzt, die Demokratie gefährdet und sich mit schwerer Schuld beladen!

An das Volk ergeht jetzt der Ruf, selbst über seine Zukunft zu entscheiden.

Um seiner Zukunft willen muß das Volk entscheiden gegen diese Regierung der Verfassungsverletzung, es muß sein Recht um der parlamentarischen Demokratie sichern gegen des Kabinetts!

Will das deutsche Volk der Reichsregierung vertragen, was zur Ordnung der Finanzen, zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft und zur Sicherung der sozialen Verpflichtungen nötig ist? Das ist die Frage des 14. September.

Dem Volke und dem Staate alles — dieser Regierung des Verfassungsverbruches nichts! Alles zur Sicherung der Finanzen, der Wirtschaft, der sozialen Verpflichtungen — nichts für Pläne, die die sozialen Verpflichtungen beschränken und abbauen wollen. Fort mit der Regierung des Angriffs gegen die Arbeiterschaft, damit Volk und Staat gesichert, die sozialen Verpflichtungen geteilt werden können!

Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß Reich, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können.

Die Reichsregierung wird mit der Kopfsteuer, die der Reichsfinanzminister selbst als abenteuerlich bezeichnet hat, die Erfüllung dieser Aufgaben nicht fördern, sondern zerstören!

Wer den Boden des Gesetzes verläßt, gefährdet das Ganze und seine Aufgaben!

Das Kabinett Brüning hat um reaktionärer Pläne willen, um der Ausschaltung der Arbeiterschaft willen die Krise herbeigeführt, es ist unfähig, sie zu lösen!

Das Volk muß sich von den Krisenmachern und den Reaktionsären befreien und die Bahn frei machen für die verfassungsmäßige Ordnung — das ist die Aufgabe des 14. September!

Wahrung der Volksvertretungsrechte.

Nach dem Artikel 35 der Verfassung bestellt der Reichstag zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung, für die Zeit außerhalb der Tagung und nach Beendigung einer Wahlperiode oder der Auflösung des Reichstages, bis zum Zusammentritten des neuen Reichstages einen Ständigen Ausschuss.

Außerdem kann nach der Auflösung des Reichstages auch der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages tätig werden.

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Schlusssitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Unmittelbar nach Schluß der letzten Sitzung des aufgelösten Reichstages versammelte sich die sozialdemokratische Fraktion noch einmal in ihrem gewohnten Beratungssaal. Der Parteivorstand, Genosse Otto Weis, hielt eine Ansprache, in der er ausführte:

Genossinnen und Genossen! Was wir soeben unten im Saal erlebt haben, war nur ein Akt in dem großen Kampf zwischen Kapital und Arbeit.

Nicht bloß um Parlamentärsrecht, sondern um Volksrecht haben wir in dem soeben aufgelösten Reichstag gekämpft. Parlamentärsrecht ist Volksrecht.

Nach unserem Wahlsieg im Mai 1928 entsprach die Übernahme der Regierung durch uns dem Willen der Wähler. Die bürgerlichen Parteien haben Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten gehäuft, um den Willen der Wähler zu durchkreuzen und sie haben die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu ihren Zwecken ausgenützt. Schließlich haben sie es lieber zu einer katastrophalen Zustuhung kommen lassen, als daß sie die Sozialdemokraten an der Macht beteiligt hätten.

Sie haben die Verfassung angetastet, aber die deutsche Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß die Bäume der Diktatur nicht in den Himmel wachsen. Deutschland darf und wird kein Italien werden.

Fraktionen kommen und gehen, die Partei bleibt. Es bleibt die große Arbeiterbewegung, es bleiben die Gewerkschaften, mit denen zusammen wir in diesem

Reichstag den Kampf um die Rechte der Arbeit gekämpft haben. Schulter an Schulter mit den Gewerkschaften wird die Partei weiterkämpfen für die Arbeit gegen das Kapital, für die Kollektiven gegen die Satten. Während in allen anderen Parteilagern Zersplitterung oder Verwirrung herrscht, stehen wir geschlossen und unerschütterlich da. Das haben die Wahlen in Sachsen gezeigt, das werden die Reichstagswahlen noch stärker und besser zeigen! Das arbeitende Volk hat jetzt einen bedeutenden Anschauungsunterricht erhalten dafür, daß die Sozialdemokratie die einzige Hüterin seiner Rechte ist. Konnten doch die großmäuligen Kommunisten im letzten Stadium des Kampfes nichts anderes tun, als hinter ihr her laufen und ihr alles nachmachen. Den Kampf, den wir hier geführt haben, werden wir jetzt in das Land hinaustragen.

Das Volk wird den Unterschied zwischen der Regierung Hermann Müller und der Regierung Brüning erkennen und danach entscheiden.

Keine politische Organisation der Welt ist der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vergleichbar. Keine politische Organisation in Deutschland reicht an sie heran.

„Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“ Wir werden den Sieg erkämpfen unter unseren alten roten Fahnen. Den Empfindungen, die uns in diesem Augenblick erfüllen, geben wir Ausdruck mit dem Rufe:

„Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!“

Donnernd klang durch den Saal, der so manche geschichtliche Kämpfe erlebt hat, der Widerhall. Das war die letzte Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in dem aufgelösten Reichstag.

Notverordnungen außer Kraft!

Die Aufhebungsverordnung ist erlassen.

Der Reichspräsident hat am Freitag auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung folgende Verordnung erlassen:

„Auf das Verlangen des Reichstages in dem Beschluß vom 18. Juli 1930 werden gemäß Artikel 48, Absatz 3, Satz 2, der Reichsverfassung die folgenden beiden Verordnungen, 1. Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über Deckungsmassnahmen für den Reichshaushalt 1930 vom 16. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 207), 2. Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über Zulassung einer Gemeindeeinkommensteuer vom 16. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 212), hiermit außer Kraft gesetzt.“

Aber schon neue angekündigt!

Erst feiern, dann verordnen.

Nach dem Beschluß des Reichstages müssen die Notverordnungen vom 16. Juli außer Kraft gesetzt werden. Das Kabinett Brüning plant, an ihre Stelle neue Verordnungen auf Grund des Artikels 48 zu setzen. Sie sollen einen Notetat, neue Deckungsverordnungen und die Beitrags-erhöhung in der Arbeitslosenversicherung enthalten.

Diese Verordnungen sollen erlassen werden, sobald der Reichspräsident von den Rheinlandfestern nach Berlin zurückgekehrt sein wird. Der Reichspräsident ist gestern abend nach dem Rheinland abgereist.

Geschlagen und gestäupt.

Die Niederlage der Regierung Brüning.

Von Rudolf Breitscheid.

Das Kabinett Brüning ist in offener Feldschlacht geschlagen, aber es ist nicht gefallen. Es hat sich seinem Sturz durch die Auflösung des Reichstages entzogen. Dem Geist der parlamentarischen Verfassung hätte es entsprochen, wenn es zurückgetreten wäre. Aber was bedeutet für diese Regierung die Verfassung? Von dem Augenblick ihrer Geburt an hat sie ihren Bruch als letztes Zufluchtsmittel ins Auge gefaßt.

Ihr erster Schritt ins Leben war der, der auf den Weg zum Artikel 48 führt, und es wird durchaus in der Konsequenz ihrer bisherigen Haltung liegen, wenn sie jetzt die Verordnungen, die ihr das Parlament soeben aus der Hand geschlagen hat, — vielleicht um den Schein zu wahren mit einigen Änderungen im Text — aufs Neue verkündet. Heuchlerisch wird sie dann wieder erklären, daß es um der Erhaltung der Demokratie willen geschehe, wenn sie die elementarsten demokratischen Grundzüge verleihe.

Die Mehrheit, die dem Kabinett eine Niederlage bereite, hat zugleich auch schlagend und endgültig die Illusionen zerstört, mit denen Herr Brüning seine glorreiche Regierung begonnen hatte. Von Anfang an war sein Streben darauf gerichtet, die Minderheit, über die er verfügte, durch den nationalen Zug zu einer Mehrheit zu machen, und wenn er auch an der Möglichkeit zweifelte, die ganze deutsche nationale Fraktion auf seine Seite zu bringen, so gab er sich doch der Hoffnung hin, Herrn Hugenberg zu isolieren und aus seiner Gefolgschaft eine genügend große Zahl von Trabanten für sich zu gewinnen. So wurde eine Politik betrieben, die auf die Rechte anziehend wirken sollte. Vorteile aller Art auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet wurden gewährt oder in sichere Aussicht gestellt, und nicht zuletzt ge-

Deutschnationale Spaltung.

Die Westarp-Gruppe macht sich selbständig.

hörte auch das fortgesetzte Winken mit Artikel 48 in dieses System. Man war überzeugt, daß die Gegner der Verfassung nicht widerstehen könnten, wenn ihnen die Möglichkeit eines Verfassungsbruchs eröffnet wäre.

In dieser Beziehung hat sich der Reichskanzler gründlich getäuelt. Zwar ist es ihm gelungen, die deutschnationale Fraktion zu spalten, aber bei Herrn Hugenberg blieben genug, um der Regierung den Weg zum Siege zu verlegen. Nichts hatte bei dieser Gruppe der Unentwegten verfangen, auch nicht das beschwörende Liebeswerben, das der volksparteiliche Führer noch einmal unmittelbar vor der Abstimmung von seinem Herzensbedürfnis und seiner Wahlangst getrieben unternahm.

Die Regierung, so rief Herr Scholz aus, handele doch nach denselben politischen Grundsätzen, die Herr Oberfohren aufgestellt habe. Sie verdiene also auch, das war eine Schlußfolgerung, die Unterstützung der unerschrockensten Reaktionsäre. Aber die so heiß Umworbene blieb unerbittlich, und so hatten die Worte des Volksparteilers nur den einen Wert, daß sie den Sinn und den Willen dieser Regierung charakterisierten. Was wollte es besagen, wenn dann der demokratische Redner in berechtigter Sorge um das bishigen Ansehen, über das seine Partei noch verfügt, die Ausführungen des Herrn Scholz mißbilligte. Der Reichskanzler selbst schwieg und brachte durch sein Schweigen seine Zustimmung zu der volksparteilichen Interpretation seiner Grundsätze zum Ausdruck. Das Zentrum schwieg ebenfalls.

Das war indessen nicht der einzige Stoß, der dem Kabinett und seiner Politik aus seinem eigenen Lager am letzten Tage des Parlamentes verfehlt wurde. Es gab noch andere. Da war der Antrag der Wirtschaftspartei, die den Justizminister stellt, die Verordnung über die Getränkesteuer aufzuheben. Hatte die Regierung nicht den Erlaß aller ihrer Verordnungen mit der Notwendigkeit begründet, die Sicherheit und Ordnung im Staate aufrechtzuerhalten? Und nun kam eine Regierungspartei, die zum mindesten einen dieser Erlasse beseitigen wollte und damit zu erkennen gab, daß er dem angegebenen Zweck nicht diene. Damit war im Grunde das ganze Gebäude erschüttert und die Fadenlinie, seit der Gründe ans Licht gezogen, die das Kabinett für sein diktatorisches Vorgehen angeführt hatte.

Sein verfassungswidriges System war gekennzeichnet, seine Illusionen waren zerstört und nun fehlte es noch, daß seine finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen ihrem Werte entsprechend gewürdigt wurden. Das besorgte — bewußt oder unbewußt bleibe dahingestellt — der Finanzminister Dietrich, der die temperamentvolle Rede, mit der er die Ehre der Demokraten reiten wollte, mit den Worten schloß: „Der Reichstag muß heute zeigen, ob wir noch ein Staatsvolk sind oder ein Haufen von Interessenten!“

Niemals ist die Interessentenpolitik trasser in die Erscheinung getreten als seit dem Tage, der das Kabinett Brüning ins Leben rief. Aber die Interessenten saßen, das weiß Herr Dietrich so gut wie wir, in den Parteien, die die Regierung stützten. Die Opposition der Sozialdemokratie war der Kampf gegen ihre Ansprüche. Wohnte es um die Gestaltung der Steuern, mochte es um die Zölle oder um die Dithilfe gehen, mochten die Auseinandersetzungen um die Sozialpolitik geführt werden: Streitobjekt waren immer die Vorworteinteressen kapitalistischer Wirtschaftsgruppen, der Industrie, der Großlandwirtschaft, der Bierbrauer, der Krämer und Gastwirte. Die Sozialdemokratie vertrat den Staat und das Allgemeinwohl, die Regierung stand schützend vor den Interessentenverbänden.

Wir sind dem Reichsfinanzminister für sein Wort sehr dankbar. Es liefert uns eine ausgezeichnete Wahlparole. Nicht am 18. Juli ist darüber entschieden worden, ob wir ein Staatsvolk oder ein Haufen von Interessenten sind, diese Entscheidung wird vielmehr am 14. September fallen. Die Sozialdemokratie hat jedem, der die Augen nicht absichtlich verschließen will, deutlich genug bewiesen, daß sie Staatspolitik treibt und nicht Politik von Geschäftsmachern. Sie hat sich bemüht, die Grundlagen der demokratischen Republik und der parlamentarischen Demokratie zu erhalten. Sie hat ihre Kräfte angespannt, um dieser Staatsform einen sozialen Inhalt zu geben und vor allem den Abbau der seit 1918 errungenen sozialpolitischen Positionen zu verhindern. Sie hat ihre Pflichten erfüllt, als sie unter Hermann Müller mit zur Regierung gehörte, und sie ist ihnen treu geblieben, als sie in der Opposition zu dem verhängnisvollen System Brüning stand. Sie braucht nur auf ihre Leistungen und die ihrer Gegner zu verweisen, sie braucht nur die Selbstenttarnungen aufzuzeigen, die die Freunde des Herrn Brüning am letzten Tag vollzogen haben, und sie kann sicher sein, daß die Arbeitenden auf ihre Stimme hören und sie in ihrem Bestreben, an die Stelle der Claqueurregimes ein Volkstregime zu setzen, unterstützen werden!

Keine Landtagsauflösung.

Sinnlose Gerüchte über das Preußenparlament.

Zu den Gerüchten von einer Auflösung des preußischen Landtags wird von amtlicher preußischer Stelle mitgeteilt, daß nicht im nächsten an eine Auflösung gedacht werde, da die staatspolitische Lage in Preußen keinerlei Veranlassung dazu gebe. Der Landtag werde vielmehr im Oktober seine Arbeiten wieder aufnehmen.

„An unseren Wähler!“

Reichstag, Freitagnachmittag. Im Obergehöf, wo die Fraktionszimmer sind, wirres Gewimmel. Ein Demokrat schießt auf eine Türe zu, an der „Reichstagsfraktion der Deutsch-Deutschen Partei“ steht.

Ein Gefinnungsfreund hält ihn an: „Du, was machst du denn da drin?“

„Wir redigieren einen Aufruf: An unseren Wähler!“ antwortet der Befragte und verschwindet hinter der Türe.

Die Spaltung der Deutschnationalen Volkspartei ist eingetreten. Die Presse Hugenberg ist bereits in voller Polemik gegen Westarp und seine Freunde. Westarp selbst begründet seine Haltung in der „Kreuz-Zeitung“ unter schweren Vorwürfen gegen Hugenberg, die „Deutsche Tageszeitung“ greift Oberfohren, den Beauftragten Hugenberg, aufs heftigste an:

Das Wort von der „politischen Rede des Reichstags“, das von Regierungsflecken gebraucht wurde, traf leider auch auf die Erklärung zu, die Abgeordneter Dr. Oberfohren für den oppositionellen Teil der Deutschnationalen abgab.

Drohend fügt sie hinzu, die Landwirtschaft des Ostens werde die feststehende Tat Westarps zu würdigen wissen — nicht die Haltung Hugenberg als!

Die Landwirtschaft des Ostens — das ist der Reichslandbund. Die Westarp-Gruppe wird sich nun selbständig machen, gestützt auf die agrarischen Organisationen. Der Kampf zwischen den nunmehr getrennten Gruppen wird entbrennen. Hugenberg zieht von sich aus den Trennungstrich. Seine Pressefelle teil mit:

„Dr. Hugenberg hat den deutschnationalen Parteivorstand zu Donnerstag, dem 24. Juli, und die Parteivertretung zum Freitag, dem 25. Juli, einberufen. Nach den Ausführungen des Grafen Westarp in der Fraktion bedeutet die Abstimmung der hinter ihm stehenden Gruppe deren Trennung von Fraktion und Partei. Aus dieser Tatsache werden die entsprechenden politischen oder organisatorischen Folgerungen zu ziehen sein. Vorher wird der Vorsitzende über die Lage berichten, die durch die Reichstagsauflösung geschaffen ist.“

Es ist nicht anzunehmen, daß die Westarp-Gruppe den

Hinauswurf abwartet, ihre Mitglieder erklären bereits den Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei. Herr Wallraf hat ein Schreiben an Hugenberg gerichtet, in dem er mitteilt, daß er sein Amt im Parteivorstand niederlege und gleichzeitig aus der Partei austrete, da er die vom Parteivorstand getriebene Politik mit seinem persönlichen Verantwortungsgefühl nicht mehr zu vereinbaren vermöge. Seinem Schritt hat sich der Abgeordnete Haslacher angeschlossen.

Beratungen der Westarp-Gruppe.

Graf Westarp und die übrigen deutschnationalen Abgeordneten, die im Gegensatz zur Parteileitung für die Notverordnungen der Regierung eingetreten waren, berieten am Freitag nachmittag mehrere Stunden im Reichstag, ohne daß schon ein greifbares Ergebnis dabei zutage trat. Ziel der Beratungen war eine Parteineugründung auf konservativer Grundlagen. Zwischen Graf Westarp und der Gruppe Treviranus hat bereits eine erste Fühlungnahme stattgefunden. Auch hierbei ist man aber über Vorbesprechungen zunächst noch nicht hinausgekommen. Es sind starke Bestrebungen im Gange, die Organisation des Reichslandbundes in die Dienste der neugeplanten Partei einzustellen. Auch hierbei sind allerdings noch allerlei Schwierigkeiten persönlicher und vor allem sachlicher Art zu überwinden.

Wie zuverlässig berichtet wird, soll der Hauptvorstand des Reichslandbundes am Dienstag zusammenkommen, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen. Von dem Ausgang dieser Beratungen wird es abhängen, ob und in welchem Umfange die genannten Pläne verwirklicht werden können.

Die Abstimmung im Reichstag.

Die Spaltung der Deutschnationalen.

Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Verordnungen der Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 haben gefehlt:

Bei den Sozialdemokraten: Frau Agnes (Frank), Bod-Gotha (Frank), Ebert, Kopske (Frank), Frau Kurfürst (Frank), Warum (Frank), Frau Siemen (Frank), Schäfer (Frank). Der Abgeordnete Hermann Müller-Franken, der seit Donnerstag wieder erkrankt ist, war trotzdem anwesend und gab seine Stimme ab.

Bei den Kommunisten: Dahlem, Dietrich-Berlin, Hedert, Frau Overlach, Stocker, Liesen.

Bei der Deutschen Volkspartei: Mittelmann, Woldenhauer, Graf Stollberg.

Beim Zentrum: Feilhaber.

Bei den Demokraten: Ertelanz, Haas, Hummel.

Bei der Wirtschaftspartei: Jorissen, Strauß.

Bei den Nationalsozialisten: Stroher.

Bei der Deutschen Bauernpartei: Heindl, die parteilosen Abgeordneten Lind und Rentimp.

Von den Deutschnationalen haben gegen die Aufhebung der Verordnungen folgende 25 Abgeordnete gestimmt: Bachmann, Bazille, Dingler, Domsch, Draxler, Frömmel, Haag, Hampe, Harlmann, Haslacher, Hemeter, Jandern, Leopold, Kengel, Ohler, Pöhlmann, Rademacher, Reichert, von Richthofen, Schmidt-Stettin, Staffehl, Strathmann, Voigt-Württemberg, Wallraf und Graf Westarp.

Die deutschnationalen Abgeordneten von Bettow, Barbed und Schulz-Bromberg waren zwar anwesend, sie haben aber keine Stimmkarte abgegeben. Gefehlt haben die Abgeordneten: Koch-Düsseldorf, Schröder-Viegnig, Wege, Siener.

Gegen die Aufhebungen der Verordnungen haben mit den Regierungsparteien die Splittergruppen Deutsche Bauernpartei, Volkrechtspartei, Deutsch-Hannoveraner und der frühere Deutschnationale, jetzt parteilose Abgeordnete Bruhn gestimmt.

Rakenjammer im Bürgerblock.

Presseecho der Auflösung.

Die Auflösung des Reichstages findet in den Blättern sämtlicher Richtungen in spaltenlangen Kommentaren ihren Niederschlag. Auf der äußersten Rechten der Deutschnationalen jubelt man. „Die Niedertage des Systems“ überschreibt die landtätliche „Deutsche Zeitung“ ihre Betrachtungen zur Reichstagsauflösung, die höhnisch feststellen, daß „der Brei der Mitte nach allen parlamentarischen Regeln zerfallen sei. Der Kampf gebe jetzt zwischen rechts und links.“ Das Organ des Reichslandbundes, die „Deutsche Tageszeitung“, sieht für die Wähler sehr trübe in die Zukunft. Das Blatt schreibt:

„Bei Neuwahlen ist die Rechartstellung der Sozialdemokratie mindestens nicht ernstlich zu erschüttern. Auf der Gegenseite wäre der Nationalsozialismus der Gewinner. Die Mitte würde teilweise desintegriert. Die Deutschnationalen aber würden schon mit gebrochenen Flügeln in den Wahlkampf hineingehen müssen. Jedes Wort über ihre Aussichten können wir uns ersparen. Nach allem Ernossen würde jedenfalls im neuen Reichstag eine Mehrheitsbildung ohne die Sozialdemokratie kaum mehr denkbar sein.“

Die unter industriellen Einfluß stehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ kann ihren Verger über die Entscheidung des Reichstages nicht verbergen. In seiner Enttäuschung verweist sie das rechtssozialparteiliche Organ zu einem offenen Plädoyer für den Faschismus. Es sagt:

Die Verfassung schreibt vor, daß, wenn ein Reichstag aufgelöst wird, ein neuer gewählt werden muß. Man kann sich dieser Bestimmung der Verfassung nicht entziehen. Wir werden also ein neues Parlament wählen müssen, obwohl gerade nach den Erfahrungen dieser Wochen in weitesten Kreisen des Volkes die Ueberzeugung gewachsen ist, daß das deutsche Volk ohne Reichstag sachkundiger und richtiger regiert werden könnte.

Das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“, bezeichnet die Auflösung des Reichstages als ein Schicksal, das er redlich verdient habe. Mit der gestrigen Beschlusfassung habe er den Gipfelpunkt seiner Handlungs- und Verantwortungslosigkeit erreicht. Nun müßten die Parteien in einer wirtschaftlich und politisch außerordentlich gespannten Lage in den Wahlkampf ziehen. Nach der „Kölnischen Volks-Zeitung“, dem führenden westdeutschen Zentrumsorgan, bildete die Auflösung keine schmerz-

liche Ueberraschung, aber auch keine ungemischte Freude. Wenn irgend, müßte es jetzt möglich sein, das Volk zum großen Appell aufzurufen, nachdem ihm der ganze Ernst der Lage klar geworden sei. Die rechtsgerichteten „Leipziger Neuesten Nachrichten“ gehen mit der Hugenberg-Gruppe scharf ins Gericht. Man könne Verständnis aufbringen, führt das Blatt aus, daß die Sozialdemokratie gegen die Notverordnungen anrenne; daß aber eine Partei wie die Deutschnationalen das gleiche tut, wird in den Kreisen derer, die die geschichtliche Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei im Sinne einer Umformung zu einer wirklich konservativen Staatspartei gesehen haben, nicht verstanden.

Hugenberg vor dem Spiegel.

In seinen „Mitteilungen der Deutschnationalen Partei“ läßt Hugenberg sich selbst beweihräuchern:

Hugenberg hat diesem Parlament die Entscheidung diktiert... Es ist allein Hugenberg's Verdienst, daß er den Reichstag zur Auflösung gezwungen hat.

Wer hatten gehofft, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion den Schritt tun würde, den ihr Hugenberg's Führung ausles. Es kam anders. Als die Uhr im Dienstag des Reichstages zwölf Schläge tat, stand Graf Westarp auf der Tribüne und schied sich und eine Gruppe der Fraktion mit der Deutschnationalen Partei, die unzweifelhaft den rücksichtslosen Kampf gegen die Regierung und die Gefolgschaft hinter Hugenberg geleitet hat. Unter dem donnernden Beifall der Mittelparteiern verkündete er eine neue Zersplitterung der Rechten, einen neuen Umarsch zur Mitte. Ein langes, unerschütterliches Kapitel innerer Auseinandersetzungen und ständigen Widerstandes gegen den Führer ist damit abgeschlossen worden.

„Hugenberg's harter Wille diktiert.“ Aber seine Leute lauten ihm davon, sie reißen vor ihm aus, wie Schafesher. Wenn der deutschnationale „Presseecho“ dazu angestellt wäre, seinen Herrn und Meister zu blomieren, könnte er es nicht dochsofter tun, wie er es hier, heftigst unfreudig, getan hat.

Erster Widerhall aus Paris.

Paris, 18. Juli. (Eigenbericht.)

Die Auflösung des Reichstages ist in Paris zu spät bekannt geworden, als daß die Freitag-Abendblätter dazu noch hätten Stellung nehmen können. In politischen Kreisen zeigt man sich jedoch über die Zuspitzung der Lage äußerst besorgt. Man glaubt in der Krise in Deutschland nicht nur eine vorübergehende Schwierigkeit, sondern eine Erkrankung des parlamentarischen Systems sehen zu müssen. So besorgt man, daß durch die Neuwahlen nicht nur keine Besserung, sondern vielleicht noch eine Verschlechterung der Verhältnisse entstehen könnte. Immerhin läßt die Tatsache, daß die Absichten Brüning's durch den Vorstoß der Sozialdemokratie zu nichte gemacht wurden, schließlich auch bei den pessimistischen französischen Politikern die Hoffnung aufkommen, daß sich die deutsche Arbeiterchaft bei der bevorstehenden schweren Entscheidung um die Zukunft der deutschen Republik stark genug zeigen wird, jede Rechtsdiktatur zu verhindern.

Hugenberg's Wahlmarsch.

(In der berühmten Soldatenweise.)

Ich hatt' einen Kameraden,
Graf von Westarp mit mir schritt.
Der Lohr rief zum Sitze,
er ist von meiner Seite...

(Tempora, o tempora,
wo bleibt die Disziplin denn da?)

... mit dem Schiele Hand in Hand
und dem halben Restbestand
davongeraunt!

Und die Nazi im Wallstbau,
die sangen so wunder-wunderschön:
„Bei den Wahlen, bei den Wahlen
da gibt's ein Wiederseh'n!“

(einundzwanzig, zweiundzwanzig, drei- und vier- und fünfundzwanzig donnermetter, fünfundzwanzig — mit dem Westarp ausgefragt! — Ru-hig, ru-hig!)

Wer weiß, ob wir uns wiedersehen
am grünen Strand der Spree?

(Wer weiß schon wirklich...?)

Jonathan.

Kriegspresseamismethoden.

Was sagt das Ausland zu den deutschen Ereignissen?

Am Freitag veröffentlichte das Boltsche Telegraphen-Büro nachstehende Meldung aus New York: „World“ wendet sich in einem Leitartikel gegen die irreführenden Schlagzeilen einiger amerikanischer Blätter, die von einer bevorstehenden Diktatur in Deutschland sprechen. Gegenüber dieser Auffassung weist „World“ darauf hin, daß es sich bei der Anwendung des Artikels 48 lediglich um eine zeitweilige Maßnahme handle und nicht um die Errichtung einer Diktatur wie in Italien oder Polen.

Aus dieser Meldung entnimmt man indirekt — was man sonst nicht erfahren hätte — zu wem für Deutschlands politisches Ansehen (abgesehen von dem wirtschaftlichen Kredit) katastrophalen Kommentaren das Vorgehen der Regierung Brüning in Amerika Anlaß gegeben hat. Weil nun in der einen Zeitung „World“ diese Ereignisse in einem für die Reichsregierung etwas günstigerem Licht dargelegt werden, beeilt sich W.T.B., diese Stimme in Deutschland zu verbreiten.

Dieser Fall, der keinesfalls ein Einzelfall ist, gibt uns Veranlassung, eine Frage von allgemeiner Bedeutung zur Sprache zu bringen. Wir behaupten nämlich, daß die Regierung kraft des Einflusses, den sie auf das W.T.B. ausübt, die deutsche Öffentlichkeit systematisch über das Echo, das die Vorgänge in Deutschland im Auslande erwecken, im unklaren läßt. Wenn irgendeine mehr oder minder spontane Lohndesert für einen deutschen Minister in irgendeinem Blatt erscheint, wird sie sofort der deutschen Presse mitgeteilt. Ungünstiges wird fast immer unterschlagen. Dieses harte Wort ist leider nicht übertrieben. Denn es ist Tatsache, daß die Auslandskorrespondenten des W.T.B. täglich über die Pressestimmen in ihrem Wirkungsbereich an die Zentrale berichten. Nun sind diese W.T.B.-Korrespondenten zumeist auch die Presseattachés der deutschen Botschaften und Gesandtschaften. Inwieweit sie als Beamte vom Reich besoldet sind, in welchem Ausmaße ihre Telephon- und Telegrammipefen vom Reich getragen werden, wollen wir nicht untersuchen. In sich wäre es keineswegs unbedeutend, daß die amtlichen Stellen, die einen solchen Nachrichtenapparat brauchen, auch für seine Kosten ganz oder teilweise aufkommen.

Aber das ist hier nicht das Entscheidende. Wichtig ist nur die Frage: Was geschieht mit den Berichten dieser Korrespondenten? Welche Art von Zensur wird da ausgeübt, die zur Folge hat, daß dem deutschen Volk die Stimmen der Auslandspresse vorenthalten werden?

Ein Beispiel unter vielen: das Vorgehen Hugenberg gegen Braun in der Stahlhelmaffäre hat namentlich in der französischen Presse einen geradezu verheerenden Widerhall gefunden. Selbst Blätter, die sonst am stärksten für die deutsch-französische Annäherung eintreten, haben die Parteinahme des Reichspräsidenten zugunsten einer extrem-nationalistischen Organisation als ein äußerst bedenkliches Symptom bezeichnet, und insbesondere den allgemeinen Kurs der Regierung Brüning damit in Verbindung gebracht. Von allen diesen Stimmen, die zweifellos von dem W.T.B.-Korrespondenten gemeldet wurden, ist durch W.T.B. nichts bekannt geworden.

Warum nicht? Die Antwort liegt auf der Hand: W.T.B. soll als offizielles Büro nach Möglichkeit nichts melden, was die Stellung der offiziellen Persönlichkeiten erschweren könnte.

Das sind echte Kriegspresseamismethoden, gegen die Einspruch erhoben werden muß. Wir verlangen, daß ein Nachrichtenbüro, das nun einmal eine an dem Prinzip grenzende Sonderstellung einnimmt, freie Hand bekommt, um seine Berichterstattungspflicht unparteiisch erfüllen zu können, auch in Fällen, wo es der Bürokratie in der Wilhelmstraße peinlich ist.

Wir müssen mit einem Gefühl der Beschämung feststellen, daß die französische Presse durch die Havas-Agentur fortlaufend über die deutschen Pressestimmen zur französischen Politik unterrichtet wird, auch wenn sie noch so scharfe Angriffe gegen die französischen Minister erhalten. Wir wissen nicht, ob Havas moralisch oder materiell weniger abhängig ist vom Quai d'Orsay als W.T.B. von der Wilhelmstraße. Aber wir fordern, daß mit dem bisherigen System — gerade angefaßt des bevorstehenden Wahlkampfes — gebrochen wird: das deutsche Volk hat das Recht, — auch und gerade durch W.T.B. — zu erfahren, wie das Ausland über die deutschen außenpolitischen Ereignisse urteilt.

Staatsgerichtshof gegen Thüringen.

Einstweilige Verfügung für Polizeizuschüsse abgelehnt.

Leipzig, 16. Juli.

Um 1 Uhr nachmittags verkündete der Staatsgerichtshof folgende Entscheidung: Der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung wird abgelehnt.

In der Begründung der Entscheidung führte der Vorsitzende Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke aus: Der Reichsminister des Innern habe glaubhaft gemacht, daß durch den Erlaß der von Thüringen beantragten einstweiligen Verfügung die Interessen des Reiches ernstlich gefährdet werden würden.

Kommt Major Pabst nach München?

Auch Putschist Kriebel will die Harsstadt wieder beglücken.

München, 18. Juli.

Der „Bayerische Kurier“ bringt eine Meldung aus Innsbruck, in der es heißt, daß Major Pabst demnächst in München dauernden Wohnsitz nehmen wolle. Wie es heißt, solle es Pabst in Benedig finanziell nicht besonders gut gehen, weshalb er seine Abreise beschleunigen wolle.

Dasselbe Blatt hört, daß auch der bekannte Putschist Oberstleutnant von Kriebel China wegen seiner Meinungsverschiedenheiten mit chinesischen Kreisen verlassen und sich nach München zurückbegeben wolle. Die bayerische Regierung läßt abwarten.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat an Stelle ihres verstorbenen bisherigen Präsidenten Erzellenz von Harnack Geheimrat Pfand zum Präsidenten gewählt.

Pfand, nach einer jüngst veröffentlichten Photographie ungewöhnlich gealtert, hat jetzt als Kriegsminister einen General zum Vertreter bekommen, was doch auf längere Urlaubsdauer deutet.

Das Ende des Dramas.



Jungfrau Brüning: „Weh — mein Beschützer unterliegt!“

Wendung im Fall Cuvelier.

Der Hauptschuldige ermittelt. — Ein nationalsozialistischer Staatsangestellter!

Wegen unserer Stellungnahme für den zu Unrecht verurteilten französischen Schwimmer Cuvelier hat die nationalsozialistische Presse in der üblichen Art den „Vorwärts“ als „Agenten Frankreichs“ und „Schrittmacher des feindlichen Auslandes“ verdächtigt. Jetzt muß die Telegraphen-Union, das Nachrichtenbüro Hugenberg's, aus Zeit folgendes melden:

In der Angelegenheit der Messerstecherei nach dem deutsch-französischen Länder-Schwimmwettkampf in Jels, in der ein französischer Schwimmer als vermeintlicher Täter vom Schnellrichter zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist es inzwischen gelungen, den Hauptschuldigen an dem Zwischenfall in der Person eines Angestellten des Katasteramts namens Schulenburg zu ermitteln. Dieser war bis zum Tage vor seiner Ermittlung Mitglied der Nationalsozialistischen Partei und ist von seiner Behörde freilassen worden.

Aus der Nachricht geht nicht ganz klar hervor, ob der Nationalsozialist Schulenburg als Hauptschuldiger auch der Romm ist, der den

Refferstich gegen den angeblich von Cuvelier Verletzten geführt hat. Wir halten dies für sehr wahrscheinlich, denn es sprach von Anfang an alles dafür, daß nicht Cuvelier, sondern einer der nationalsozialistischen Kaufbolde den Mann gestochen hat, der den Streit schlichtete wollte.

Jedenfalls muß nun auch die Rechtspresse zugeben, daß der Hauptschuldige des Vorgangs ein organisiertes Mitglied der Nationalistischen Partei ist. Damit bricht die nationalsozialistische Hege gegen den „Vorwärts“ zusammen. Es zeigt sich, wie recht wir taten, als wir das Urteil des Zeiger Schnellrichters von Anfang an als Ausgeburt nationaler Hypochrise kennzeichneten.

Daß der Nationalsozialist, der durch die Befästigung des zu Gast geladenen französischen Champions das Gastrecht schände verletzt und ein für Deutschland beschämendes Ereignis geschaffen hat, sofort aus dem Staatsdienst entlassen worden ist, entsprach der selbstverständlichen Pflicht deutscher Behörden.

Der Schacher in Sachsen.

Deutschnationales Angebot an die Wirtschaftspartei.

Dresden, 18. Juli.

Am Donnerstag hatte die Landtagsfraktion der Deutsch-nationalen Volkspartei mit dem Landes-Parlamentsrat eine Besprechung wegen der Regierungsabstimmung. Auf eine nochmalige Aufforderung Dr. Krug von Ribdas ist man hierbei nicht zurückgekommen. Dagegen hat die deutsch-nationale Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei nunmehr mitgeteilt, daß sie bereit ist, bei der nächsten Wahl des Ministerpräsidenten Dr. Weber zu wählen. Sie legt dabei voraus, daß Dr. Weber gemäß sei, ein marxistenfreies Kabinett zu bilden und bei Annahme der Wahl ein Einvernehmen über die Zusammenlegung des Kabinetts herbeigeführt wird.

Die Landfriedensbrecher von Mainz.

Teilweise schwer vorbestraft im Alter von 16-30 Jahren.

Darmstadt, 18. Juli.

Ämlich wird mitgeteilt: Sofort nach den Ausschreitungen, die in der Nacht auf den 4. Juli in Mainz gegen ehemalige Separatisten gemacht wurden, sind energische Nachforschungen nach den Tätern eingeleitet worden.

Jetzt liegt ein einigermaßen abgeschlossenes Bild über die ganzen Vorgänge vor. Vor allem haben die sofort vorgenommenen Verhaftungen zur Ermittlung der Haupttäter geführt. Acht von ihnen befinden sich in Untersuchungshaft. Wegen sie ist bereits Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben worden. Sie sind der Täterschaft überführt und teilweise auch geständig, an den Ausschreitungen aktiv teilgenommen zu haben. Es handelt sich ausschließlich um junge Leute im Alter von 16 bis 30 Jahren, die sämtlich aus Mainz stammen, politisch bisher nicht hervorgetreten, teilweise aber schwer vorbestraft sind. Auch die übrigen Teilnehmer der Ausschreitungen stammen aus allen Kreisen der Bevölkerung und aus den verschiedensten Parteilagern, von Nationalisten bis zu den Nationalsozialisten und sind sämtlich ebenfalls einheimische Mainzer. Auch andere Feststellungen haben ergeben, daß es sich um keine Aktion irgendeiner politischen Organisation handelt.

England gegen den Plan Briands.

Londoner Presse stimmt der Antwort Hendersons zu.

London, 18. Juli. (Eigenbericht.)

Die Antwort der englischen Regierung auf das Memorandum Briands wird in der gesamten englischen Presse als zufriedenstellend bezeichnet. Der „Daily Herald“ sagt: „Briand will ein fünftes Rad an den Wagen hängen, das ihn nicht vorwärts treiben kann und nur hemmend für den Fortschritt wirken müßte.“

Der „Daily Telegraph“ erklärt, mit dem Vorschlag der englischen Regierung, die ganze Frage auf die Tagesordnung der nächsten Bölkerbundversammlung zu legen, sei Briands Plan für England voraussetzungslos erledigt. Es war vom ersten Augenblick klar, so schreibt das Blatt, daß Briands Vorschlag nicht ernsthaft in Ermägung gezogen

werden konnte. Die englische Note läßt nichts übrig, was zugunsten dieses ungeschickten und bald vergessenen Planes gesagt werden könnte.“

Auch die „Times“ verhalten sich in ihrem Leitartikel bei Besprechung der englischen Antwort auf das Briand-Memorandum recht ablehnend. England könne schwerlich einer Organisation beitreten, von der alle seine Dominions ausgeschlossen seien, ebenso wie der irische Freestaat. Außerdem wäre es nach Ansicht des Blattes nachteilig, eine Einrichtung zu schaffen, die irgendeinem Staat oder einer starken Gruppe gegenüber antagonistisch eingestellt sein könnte.

Frankreich ist enttäuscht.

Paris, 18. Juli. (Eigenbericht.)

Die Pariser Presse zeigt sich von der Antwort Englands auf das Europa-Memorandum Briands nur sehr wenig befriedigt. Daß sich England weder in den Streit für oder gegen die Revision der Verträge einmischen noch eine schärfere Bindung an das Kontingent annehmen würde, habe man in Paris nicht erwartet. Trotzdem findet man, daß die englische Regierung ihre „surchsamen und verlegenen“ Vorbehalte allzu gehäuft habe. Darüber hinaus wollen „Petit Parisien“ und „Journal“ aus dem englischen Dokument eine verhüllte Verachtung gegen den Vorschlag Briands herausgelesen haben, den England als nicht ernst genug ansehe, um ihm mehr als eine provisorische Prüfung zu widmen. „Deuxieme“ und „Echo de Paris“ behaupten, daß sich England zum Spracherhöre gewisser Eierköpfigen im Genfer Bölkerbundssekretariat gegen den Europa-Plan Briands gemacht habe. Die englische Antwort folge Punkt für Punkt einem abfälligen Gutachten des englischen Leiters der Wirtschaftsabteilung des Bölkerbundes, der ebenso wie der Generalsekretär Sir Eric Drummond dem Europa-Plan aus bürokratischen Gründen abgeneigt sei.

Der Fall Backett.

Die Geschäftsordnung soll schärfer werden.

London, 18. Juli. (Eigenbericht.)

Seit seiner Ernennung die englische Revolution damit einleitete, daß er seine Anhänger im Parlament beauftragte, das Zepher hinauszuschaffen, seit diesem Jahre 1853 hat es sich nicht mehr ereignet, daß sich jemand an dem Symbol der Würde des Präsidenten und des Parlamentes vergreifen hat. Kein Wunder, wenn deshalb das Geboren des unabhängigen Arbeiterpartei Backett die große Sensation des Tages bildet, über die die englische Presse noch am Freitagabend spaltenlang berichtet. In keinem Lande wird mehr auf Formen geachtet wie in England, die Entrüstung über das Betragen Backetts ist allgemein. Selbst seine Freunde beklagen es tief und nennen es ein Stück aus dem Tollhaus. Politisch betrachtet konnte Backett nichts Ungeschickteres beginnen. Selbst wenn er in der Sache recht gehabt hätte, so hat er ihr durch sein Vorgehen nur geschadet. Auch der Brief, den Backett am Freitag an den Sprecher des Unterhauses geschrieben hat, ändert daran nichts. Backett erklärt darin, daß es keineswegs die Würde des Vorsitzenden habe verletzen wollen.

Verschiedene Abgeordnete verlangen, gestützt auf Backetts Verhalten, Verschärfung der Geschäftsordnung und wollen beantragen, Backett für den Rest der jetzigen Parlamentssession auszuschließen. Die Arbeiterfraktion wird sich am Dienstag mit dem Betrogen Backetts beschäftigen.

Der B.M.Z. bleibt zugeknöpft.

Auch die Tarifverhandlungen für die Arbeiter gescheitert.

Die Verhandlungen über den Neuabschluss eines verbesserten Manteltarifvertrages für die Arbeiter der Berliner Metallindustrie, die gestern zwischen den Vertretern des Metallkartells und dem Verband Berliner Metallindustrieller (B.M.Z.) geführt wurden, sind nach 1½stündiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden.

Dieser Ausgang der Verhandlungen war vorauszu sehen, nachdem erst vor einigen Tagen die vom B.M.Z. angebotenen Verhandlungen mit den Berliner Angestelltenvereinigungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit der Metallangestellten und einer gleichlaufenden Gehaltsenkung aufgelöst waren und zwar lediglich deshalb, weil die Metallindustriellen den Angestelltenvereinigungen nicht die geringsten Garantien geben wollten hinsichtlich des Kündigungsschutzes während dieser „Notzeit“, des Verbotes der Ueberarbeit in den verkürzt arbeitenden Betrieben usw.

Welche ungeheuerlichen Forderungen hatten die Vertreter der 180 000 Berliner Metallarbeiter nur gestellt, daß die Unternehmer gar nicht näher darauf eingehen zu können glaubten? Sie hatten vor allem durchaus zeitgemäß die

Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 42 Stunden

bei einer täglichen Arbeitszeit von 7 Stunden beantragt und noch gar nicht einmal die Forderung nach einem der Arbeitszeitverkürzung entsprechenden Lohnausgleich erhoben. Zudem wird in der Mehrzahl der Betriebe der Berliner Metallindustrie teilweise schon seit längerer Zeit nur noch bis zu 40 Stunden und sogar darunter verkürzt gearbeitet und nicht einmal auf Wunsch der Arbeiter, sondern auf Anordnung der Unternehmer. In der Arbeitszeitfrage also war nach logischen Erwägungen gar kein Widerstand der Unternehmer zu erwarten. Aber weit gefehlt: die Metallindustriellen lehnten jede Diskussion über die Arbeitszeit mit dem Bemerkten ab, daß sie für kommende bessere Zeiten die Produktionskapazität ihrer Betriebe voll ausnutzen wollen, was ihrer Auffassung nach nur mit der jetzt tariflich verankerten 48stündigen Wochenarbeitszeit und der Befugnis, darüber hinaus noch pro Quartal 13 Ueberstunden anordnen zu können, möglich sei.

Die Forderung nach Einführung einer 15minütigen Pause pro Stunde für die im stehenden Arbeitsprozeß beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen entbehrt nach der Meinung der Berliner Metallindustriellen ebenfalls jeder Berechtigung, da von einer

gesundheitsschädigenden Wirkung der Flieharbeit

gar keine Rede sein kann, sondern im Gegenteil der Krankenstand bei dieser Arbeiterkategorie viel niedriger sei als bei den übrigen Arbeitern (?). Auch die Ausführung der Flieharbeit im Stundenlohn würde nach der Ansicht der Metallindustriellen nur zur Verminderung der Arbeitsleistung und zur Qualitätsverschlechterung führen, da die nicht im Afford schaffenden Arbeiter

kein genügendes Interesse mehr hätten am guten und schnellen Gelingen des Arbeitsstückes.

Eine Verbesserung der Urlaubsbestimmung kam für sie gleichfalls nicht in Frage, da die Berliner Metallindustriellen angeblich außerstande seien, auch nur die geringste Mehrbelastung durch Verbesserungen der tariflichen Arbeitsbedingungen zu tragen. Ueber die anderen Forderungen, wie z. B. die nach Erhöhung des Ueberstundenzuschlages, der günstigeren Fassung der Affordbestimmungen, des Ausbaues des § 616 BGB, der tariflichen Verankerung der Lehrlingsausbildung und -entlohnung kam es erst gar nicht zur Debatte. Als einziges Zugeständnis boten die Metallindustriellen die

Verlängerung des jetzigen Manteltarifes

um ein halbes oder ein ganzes Jahr an. Anscheinend ohne besonderes Eigenlob, aber doch mit einem nicht mißzuverstehenden warnenden Unterton bemerkten die Metallindustriellen, daß sie im Ökonomiejahr zu den meisten Unternehmern des Reiches und ihrer Verbände davon abgesehen hätten, Gegenforderungen auf Abbau des Urlaubs und anderer tariflicher Erzeugnisse der Metallarbeiter zu stellen.

Die gewichtigen Gegenstände, die von den Gewerkschaftsvertretern vorgebracht wurden, blieben natürlich völlig wirkungslos, da zweifellos die Marschroute der Metallindustriellen vorher genau festgelegt war. So mußten die Verhandlungen nach verhältnismäßig kurzer Dauer als ergebnislos abgebrochen werden.

Mit dieser Situation wird sich zunächst das Metallkartell am Montag beschäftigen, um dann am Mittwoch oder Donnerstagabend eine entscheidende Stellungnahme der Funktionäre der Berliner Metallarbeiter herbeizuführen. Für die Funktionäre — und das ist unjere ungeschminkte Meinung — kann es nur eine von folgenden drei Entscheidungen geben: entweder halten sie die Zeit trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse für nicht so ausichtslos, um einen offenen Kampf für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erfolgreich bestehen zu können, dann organisieren sie diesen Kampf in engster

Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Oder sie rufen die staatlichen Schlichtungsstellen an, die sich in letzter Zeit gerade nicht als Bahnbrecher der vorwärtstrebenden Arbeiterschaft gezeigt haben, oder sie nehmen das Waffensstillstandsangebot des Verbandes Berliner Metallindustrieller an. Eine von diesen drei Lösungen kann es logischerweise nur geben.

Die Entscheidung, die die Funktionäre der Berliner Metallarbeiter in der nächsten Woche zu treffen haben, ist ohne Zweifel schwer. Nach einer Seite aber muß das Pendel ausschlagen. Sowie jedenfalls ist sicher, daß die mit der Stimmung der Metallarbeiter und den betrieblichen Verhältnissen am besten vertrauten Funktionäre zu einem Entschluß kommen werden, der frei von jeder phrasenhaften Umnebelung und ein Produkt nüchternen Betrachtung der realen Verhältnisse sein wird.

Warum minderen Rechts?

Die Hausangestellten fordern Tarifabschluss.

Seit dem vorigen Jahre versuchen die freigewerkschaftlich organisierten Hausangestellten ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln. Der Zentralverband der Hausangestellten hat daher zu Anfang dieses Jahres der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins den Entwurf eines Manteltarifvertrages und eines Lohnabkommens unterbreitet, erhielt aber darauf die Antwort, daß die Hausfrauenorganisationen die Zeit für den Abschluß eines Tarifvertrages nicht für günstig halte, da der Entwurf des Hausangestelltenvereines gerade den Reichstag bzw. Reichsrat beschäftige. Er setzte sich trotz dieser abschlägigen Antwort nochmals mit der Hausfrauenorganisation in Verbindung. Er wies darauf hin, daß unabhängig von dem zu erwartenden Hausangestellten ein Tarifvertrag für die Hausangestellten dringend notwendig sei, da dadurch

der ewige Streit um Lohn, Freizeit, Urlaub,

Entschädigung in Krankheitsfällen, Kost- und Wohnpaß bei Auflösung der Arbeitsverhältnisse, der zur Zeit 3 Arbeitsgerichtsammern, 3 Amtsgerichtsräte, 40 Hausfrauen und 40 Mitglieder des Zentralverbandes der Hausangestellten als Arbeitsrichter beschäftigt, auf ein Minimum beschränkt werden würde. Vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930 wurden allein 6785 Arbeitsstreitigkeiten vor den Hausangestelltenkammern des Arbeitsgerichts anhängig gemacht, was mehr als 12 000 Termine notwendig machte. Durch die Schaffung eines Tarif- und Lohnvertrages ließen sich mindestens 80 Proz. aller Streitigkeiten vermeiden, was die Abschlüsse von Tarifverträgen oder anderen Vereinbarungen zwischen dem Zentralverband in anderen deutschen Städten bewiesen haben.

Auf Antrag des Zentralverbandes der Hausangestellten hat sich nunmehr der Schlichtungsausschuß zweimal mit der Frage befaßt und schließlich vor kurzem folgenden Beschluß verkündet:

„Die einer tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen der Hausangestellten entgegenstehenden Schwierigkeiten sind insbesondere bei der Mannigfaltigkeit der Berliner Haushaltungen und den organisatorischen Verhältnissen nicht zu bestreiten. Andererseits muß aber anerkannt werden, daß es im Interesse beider Parteien und im allgemeinen Interesse läge, wenn insbesondere auch zur Beseitigung der allgemeinen Unkenntnis über

die Verpflichtungen der Hausfrauen

und der Angestellten aus dem Arbeitsvertrag eine einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen erreicht werden könnte. Den Parteien wird daher empfohlen, unverzüglich in Verhandlungen einzutreten.

Die allgemeinen Arbeitsbedingungen (Freiheit, Urlaub, Kostgebühre, Kündigungsfristen usw.) dürften zweckmäßig unter weitgehender Anlehnung an die Verkehrsliste festzulegen sein. Außerdem werden die Parteien zu prüfen haben, ob es zur Verminderung der dem Tarifabschluss entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht geboten erscheint, von einer Regelung der Arbeitszeit und von der Festsetzung unabhängiger Gehaltsätze abzusehen, und sich zunächst darauf zu beschränken, im Tarifvertrag eine den Hausangestellten zu gewährenden Nachruhe vorzuschreiben und sich mit der Aufstellung von Richtlinien zu begnügen.

Solern bis zum 30. September d. J. eine Einigung nicht zustande kommen sollte, wird auf Antrag neuer Termin angeetzt werden.“

Der Zentralverband der Hausangestellten wird nun nochmals versuchen, endlich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Hausangestellten herbeizuführen. Das Gelingen des Tarifabschlusses,

noch viel mehr aber die Durchführung und weitere Ausgestaltung des Tarifvertrages wird nicht zuletzt von der organisatorischen Stärke der Hausangestellten beeinflusst sein. Es ist daher Pflicht aller Hausangestellten, sich reiflich im Zentralverband der Hausangestellten (Berlin W. 30, Bagreuther Straße 31) zu organisieren, der dem „Gesamtsverband“ angeschlossen ist.

Eindämmung der Bleigefahr.

Eine wichtige Verordnung für das Malergewerbe.

Zur Eindämmung der Bleigefahren im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe ist eine neue Verordnung erlassen worden, die allerdings erst kurz vor Ablauf dieses Jahres in Kraft tritt. Sie bringt noch kein völliges Verbot jeder Bleiwechwendung zu Anstreichzwecken, sondern nur ein Verbot für den Innenanstrich, wenn der metallische Bleigehalt 2 Proz. übersteigt. Farbstoffe mit diesem Bleigehalt müssen auf den Packungen und Behältern deutlich als verboten für den Innenanstrich gekennzeichnet sein. Werden bleihaltige Farben im Spritzverfahren verwendet, dann muß der Unternehmer die notwendigen Schutzmaßnahmen treffen, vor allem rechtzeitig dem Gewerbeaufsichtsbeamten Anzeige machen. Abgesehen von Malergefällen und Lehrlingen über 16 Jahre dürfen Arbeiter unter 18 Jahren und weibliche Arbeitskräfte bei Arbeiten mit bleihaltigen Stoffen sowie mit der Entfernung bleihaltiger Anstriche nicht beschäftigt werden.

Verbessert sind die Vorschriften für die Räume zur Aufbewahrung von Arbeitsstoffen, zum Waschen und Ankleiden. Neu sind Vorschriften über ärztliche Untersuchung auf Anordnung des Gewerbeaufsichtsbeamten sowie bei der Arbeitsaufnahme für alle Malerbetriebe, in denen regelmäßig mehr als 5 Arbeiter, und zwar ständig, in der gleichen Betriebsstätte beschäftigt werden. Die Verordnung gilt für gewerbliche Betriebe, in denen Maler-, Anstreicher-, Tischler-, Weichbinder- und Lackiererarbeiten allein oder im Zusammenhang mit anderen Arbeiten ausgeführt werden.

Bis zum Ablauf des Jahres 1938 kann der Reichsarbeitsminister gewisse Ausnahmen vom Verbot des Innenanstrichs und von der Deklarationspflicht zulassen, wenn die verwendeten Anstrichstoffe nicht mehr als 5 Proz. an metallischem Blei enthalten.

Eine wifbegierige Behörde.

Ueberflüssige Fragen des Statistischen Reichsamts.

Wir kritisierten unlängst die höchst überflüssigen Fragen, die ein Privatunternehmen stellungsuchenden Bewerbern zur Beantwortung vorlegt. Viel schöner und vollständiger noch ist der Fragebogen, den das „Statistische Reichsamt“, also eine Reichsbehörde, allen Bewerbern vorlegt.

Doch der Bewerber nach Vor- und Zunamen, Geburtstag, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Familienstand gefragt werden muß, ist selbstverständlich. Wozu aber die Frage nach dem Religionsbekenntnis? Da das Statistische Reichsamt natürlich weiß, daß diese Frage verfassungsrechtlich unzulässig ist, ergängt es sie in einer Fußnote, die die Beantwortung freistellt! Wozu dann diese Frage überhaupt noch gestellt wird, ist schwer zu sagen. Die Nichtausfüllung kennzeichnet den Bewerber ja viel mehr als die Ausfüllung. Mit dieser einen „schönen“ Frage ist aber das Repertoire des Reichsamts noch keineswegs erschöpft, denn sie ist erst die siebente von 22 Fragen.

Es folgt die Aufforderung, mit Vornamen, Geburtstag und Geburtsort alle Personalien von Ehegatten und sämtlichen Kindern anzugeben. Auch der Stand des Vaters interessiert die Personalienleitung des Reichsamts. Noch bunter aber sind die folgenden Fragen nach des Vaters Vor- und Familiennamen und der Mutter Vor- und Geburtsnamen. Diese Fragen dürften doch höchst nebensächlich sein, aber besteht die Qualifikation eines Bewerbers in einem wohlklingenden Geburtsnamen seiner Mutter? Weiter sollte

man aber in der Regel annehmen, daß der Vater des Bewerbers denselben Familiennamen trägt wie sein Sprößling. Das Reichsamt muß interessante, gegenteilige Beobachtungen gemacht haben, sonst würde es sich wohl für des Vaters Familiennamen nicht so brennend interessieren. Vielleicht erscheint bald eine Sonderchrift zur Statistik des Deutschen Reichs, in der über die Namensverhältnisse von Vätern und Söhnen umfangreiche Erhebungen veröffentlicht werden. Nach der verständlichen Frage über die Schulausbildung kommt die, ob der Bewerber... Kriegsteilnehmer sei sowie ob und welche Pensionen oder Renten er beziehe. Gerade eine Behörde wird wohl diese besonderen Rechtsverhältnisse jederzeit selbst prüfen können, wenn die Bewerbung wirklich zu einer Anstellung führen sollte. Nur kommt (wahrscheinlich nur für wissenschaftliche Bewerber) die Angabe, an welchen Universitäten man studiert hat, wie viele Semester, an welchem Tage (!), welcher Universität und in welcher Fakultät das Doktorexamen bestanden wurde; wie das Thema der Arbeit lautete, wer der Referent war (!), welche Note man erstens in der schriftlichen Arbeit, zweitens im mündlichen Examen und drittens als Gesamtprädikat bekommen hat. Daß die Prädikate in den Doktorexamina ebensowenig besagen, wie sonstige fein abgestufte Prädikate, deren Bemessung von der Raume des Fernstehenden abhängen, wird man im Reichsamt vielleicht auch wissen. Also auch vollkommen überflüssige Fragen!

Das Statistische Reichsamt sollte bei seinen Arbeiten wenigstens auch deren Notwendigkeiten prüfen, mindestens die Hälfte all dieser Fragen könnte es gänzlich streichen. Schließlich hat das „Statistische Reichsamt“ einen Auf als objektiv arbeitende Forschungsstelle, den es wegen solcher Vächerlichkeit wirklich nicht aufs Spiel zu setzen braucht.

Kommunistische Großmäuligkeit.

Als Ungebühr vor Gericht bestraft.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hein, von Beruf Former und einer der Hauptredner bei den „oppositionellen“ Metallarbeitern, erschien vor dem Arbeitsgericht, um zwei seiner Besinnungsgenossen, die eine Klage eingereicht hatten, zu vertreten. Seine Befugnis zur Vertretung vor dem Arbeitsgericht leitete er aus seiner Eigenschaft als Funktionär der „oppositionellen“ Formerbranche her.

Der Richter hatte pflichtgemäß zu prüfen, ob die „oppositionelle“ Metallarbeiterorganisation eine wirtschaftliche Vereinigung, also nach § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes zur Stellung von Prozeßvertretern berechtigt ist. Nach Durchsicht der von Hein überreichten Statuten kam der Richter zu dem Entschluß, daß die Voraussetzung des § 11 nicht erfüllt sei. Hein wurde deshalb als Prozeßvertreter zurückerwiesen.

Als dieser Beschluß verkündet wurde, warf sich Hein in die Brust und rief dem Richter zu: „Maßen Sie man nicht, doch es dabei bleibt. Wir werden Sie zwingen, uns anzuerkennen.“ Diese Großmäuligkeit muß Hein mit einer Ungebührstrafe von 100 Mark büßen.

Internationaler Bauarbeiterkongreß.

Für internationale Ferienregelung.

Die Bauarbeiter-Internationale nahm auf ihrer Stockholmer Konferenz im weiteren Verlauf der Beratungen nach Annahme verschiedener Anträge zur Gründung eines Ortskartells und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Frankreich eingehend zur Ferienfrage Stellung. Von der Wal-Holland behandelte eingehend die gesetzlichen und tariflichen Rechte auf Urlaub und unterstrich die große kulturelle Bedeutung der Ferienfrage. Im Anschluß an seine Ausführungen wurde eine Entschließung angenommen, die im wesentlichen folgendes fordert:

Die neunte Konferenz der Bauarbeiter-Internationale hält die allgemeine Einführung von Ferien für Bauarbeiter in allen Ländern für notwendig. Bei voller Anerkennung der Schwierigkeiten, die angesichts der Besonderheiten des Baugewerbes mit einer zweckentsprechenden Ferienregelung verbunden sind, ist die Konferenz davon überzeugt, daß eine auf ein langdauerndes Arbeitsverhältnis begründete Ferienregelung für das Baugewerbe wenig bedeute. Von einer angemessenen Regelung der Ferien für Bauarbeiter kann nur dann die Rede sein, wenn ungeachtet des jeweiligen Arbeitgebers die im Gewerbe verbrachte Arbeitszeit zum Maßstab genommen wird. In weit höherem Maße muß die Forderung nach bezahlten Ferien für alle im Baugewerbe beschäftigten Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter erhoben werden.

Die Konferenz erhebt daher die bereits 1927 in Lugano einstimmig angenommene Forderung: Bezahlte Ferien für Lehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter, und zwar bis zum 16. Lebensjahr drei Wochen, vom 16. bis zum 18. Lebensjahr zwei Wochen im Jahr. In Anerkennung der Wichtigkeit der Forderung nach bezahlten Ferien für alle Bauarbeiter ruft die Konferenz die angeschlossenen Organisationen auf, für die Verwirklichung dieser berechtigten Forderung, sei es auf dem Wege der Gesetzgebung, sei es durch Festlegung entsprechender Bestimmungen in den Kollektivverträgen, mit aller Kraft einzutreten.

Ueber die Lage der Bauwirtschaft gab der Vorsitzende der Internationale, Bernhard Berlin, einen instruktiven Ueberblick. Eine im Sinne seiner Ausführungen gehalten und von der Konferenz einstimmig angenommene Entschließung bekämpft den Schutzzollgedanken. Die Familienwirtschaft eines Volkes sei mit der der anderen Völker international verflochten. Das gelte auch für den Bauprodukt. Den meisten Ländern müsse in erster Linie daran liegen, die für den Wohnungsbau notwendigen Roh- und Hilfsstoffe möglichst billig zu beschaffen. Gewaltsam Gefahren, die den Arbeiter durch die Einfuhr erwachsen, könne mit gewerkschaftlichen Mitteln begegnet werden, und zwar um so besser, je stärker die gewerkschaftliche Organisation sei.

Die Wahlen brachten keine Änderung in der Leitung der Bauarbeiter-Internationale. Ihr nächster Kongreß soll 1933 in Brüssel stattfinden.

Achtung! Bauarbeiter! Die Baupolizei über die Frohnauer Siedlungs-Gesellschaft, Baustelle Karlshorst, Andernacher, Ecke Ehrenfeldstraße, ist aufgehoben. Die Firma Hirat hat sich bereit erklärt, alle dort beschäftigt gemessenen Bauarbeiter wieder einzustellen. Bauergewerkschaft Berlin, Verband der Affordmaurer.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deutr. Sonnabend, sind folgende Veranstaltungen: Gruppe Dumboldt: Fahrt nach dem Max-See. Treffen um 18 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen (Waldenstraße). — Abends! Die Fußballfahrt der F.F.C. treffen sich um 17 Uhr am Schützenhof Bahnhof zur Fahrt nach Finkenwerder. — Volkshäuser! Die Volkshäuser der Volkshäuser sind umgehend in der Zentrale zum Umtausch abzugeben.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anestellten

Deutr. Sonnabend, sind folgende Veranstaltungen: Spiel und Sport: Ab 19 Uhr auf dem Sportplatz im Dumboldpark.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geys; Wirtschaft: G. Ringelstein; Gewerkschaftsbewegung: Otto Schreiber; Freizeitsport: R. B. Döhrer; Politik und Sonstiges: Erik Rarkötter; Anzeigen: H. Gode; Schriftlich in Berlin: Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H. Berlin, Post: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Carl Sinner u. Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 2, 2. Stock.

Bei übermäßiger Schwelbaforderung an Händen, Füßen und in den Achselhöhlen, sowie Geruchabfälligkeit, besonders bewährt: **Leofarm-Creme**, Tube 1 Mark. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Wochenende in der Mark

Ausflüge in die weitere Umgebung

Rathenow und Umgebung.

Was uns Rathenow wert macht, ist seine führende Stellung auf optischem Gebiet und die starke Entwicklung seines Arbeiterlebens — beides unlösbar miteinander verbunden. Über auch die Stadt als solche, an der Havel gelegen, und ihre, auf der Ostseite schöne Waldungen aufweisende, zudem nicht ganz flache Umgebung lassen einen frühlichen Ausflug geboten erscheinen.

Das alte Rathenow war eine feste Inselstadt, von deren Umwallung heute nur noch wenig zu sehen ist. Auf der sich vorfindenden Erhöhung der Insel wurde die Marienkirche erbaut, romantisch, aber im 16. Jahrhundert gänzlich umgebaut. Durch den später hinzugefügten 77 Meter hohen Turm hebt sich die Kirche hoch über Dächer und Bäume hinaus. Zwischen Altstadt und Bahnhof, auf der Ostseite des Flusses, ist dann die Neustadt entstanden, die in der Berliner Straße lebhaftes Geschäftstreiben aufweist. In Gelegenheit zu Sportbetätigung und zu kleineren Spaziergängen fehlt es nicht; von letzteren seien die Touren nach dem ausrichtreichen Weinberg und nach der im 18. Jahrhundert angelegten Kolonie Neu-Friedrichsdorf genannt — will man letztere ein wenig ausdehnen, so wandert man noch zum schmalen, aber langgestreckten Wolken-See. Südlich dieses Sees erstreckt sich die große staaliche Forst Königsheide, in der zwei Touren beliebt sind. Entweder: vom Eintritt in den Wald auf dem „Königsweg“ wandernd und diesen nach Erreichen des „Breiten Gefells“ links verlassend, erreicht man die Kolonie Spilliersberg und von da wieder nördlich über Forsthaus Krügershorst nach Rathenow zurück — oder: vom „Königsweg“ rechts ab über Kolonie Königshütte nach Premnitz, wo die Dachsberge und die Premnitzer Berge gute Ausflüchte bieten. Dieses Premnitz ist Station der Eisenbahn, die von Neustadt o. d. Dosse kommend und ihrem Namen „Städtebahn“ Ehre machend Brandenburg zureibt, so daß Rathenow auf drei Hauptstienenwegen erreicht werden kann.

Und noch eine Kleinbahn nimmt ihren Anfang in Rathenow. Sie geht nach Parfinau mit Abzweigung nach Rauen, und hat in der nahen Station Stechow einen Stüppunkt für die Tour Rennhausen (Station der Hauptbahn), wo einst der Romantikerdichter Fouqué als Gutsherr lebte. — Rosen-Hohes Rait

(mit Aussicht) — Stechow. Von letzterem Ort ist es nicht weit nach Forsthaus am Hohennauener See, an dessen anderem, westlichen Ende Hohennauen, Station der Städtebahn, liegt. Das Gebiet zwischen Rennhausen-Stechow-Rathenow hat Wald. Während



Blick auf Rathenow vom Schleusenkanal aus.

die größere Tour auf 5 bis 6 Stunden veranschlagt werden kann, erfordern die Touren durch die Königsheide etwa die Hälfte dieser Zeit.

Notlandung eines Verkehrsflugzeuges.

Dicht bei der Ortshafth Schönau am Teitowkanal vor den Toren Berlins mußte gestern abend gegen 20 Uhr ein Verkehrsflugzeug, das sich von Rotterdam auf der Fahrt nach dem Flughafen befand, offenbar infolge des schlechten Wetters notlanden. Der Pilot brachte den Apparat auf weichem Ackerlande zu Boden. Hierbei überschlug sich die Maschine und bohrte sich mit dem Motor tief in das Erdreich ein. Die alarmierte Berliner Feuerwehr war stundenlang mit dem Aufräumen des beschädigten Flugzeuges beschäftigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Es handelt sich, wie noch mitgeteilt wird, um ein holländisches Flugzeug vom Typ Fokker-Phogor.

Lloyd-Dampfer gesunken.

Brandunglück auf der „Targis“. — Passagiere gerettet.

New York, 18. Juli.

Der Dampfer „Targis“ des Norddeutschen Lloyd, der im Atlantischen Ozean in Brand geraten war, ist gesunken. Passagiere und Mannschaften sind gerettet.

Nach Londoner Meldungen war der deutsche Dampfer „Targis“ auf 33 Grad 56 Minuten Nord und 50 Grad 11 Minuten West im Atlantischen Ozean in Brand geraten. Die Passagiere, deren Zahl nicht genau bekannt ist, sowie die Mannschaft wurden von dem englischen Dampfer „Rangitata“ aufgenommen und befinden sich in Sicherheit. Die „Targis“ war für die Beförderung von etwa 12 Reisenden eingerichtet. Die „Rangitata“ wird die Schiffbrüchigen am 22. Juli in Southampton landen. Ueber die Ursache des Brandes liegen noch keine näheren Nachrichten vor.

Taifun und Erdbeben.

Die Insel Kjusiu und Korea schwer heimgesucht.

Tokio, 18. Juli.

Ein Taifun, wie er seit zehn Jahren nicht vorgekommen ist, hat die Insel Kjusiu verwüstet. Alle Verbindungen mit der Insel wurden unterbrochen, weshalb die Nachrichten sehr spärlich sind. Man fürchtet, daß sehr großer Sachschaden angerichtet wurde. Die Zahl der Toten soll sehr groß sein. Der Taifun bewegte sich in der Richtung auf Korea weiter, das kürzlich durch Ueberschwemmungen heimgesucht wurde.

Kjusiu ist die südlichste der großen japanischen Inseln und hat als Hauptstadt den bekannten Hafen Kagasaki. Korea, früher selbständiges Kaiserreich, ist seit 1910 japanische Kolonie auf dem ostasiatischen Festland.

London, 18. Juli.

Am Freitag wurde der Bezirk Tharrawaddy in der Nähe von Rangoon von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt. Die Zahl der Toten und Verletzten wird vorläufig auf 50 angegeben.

Rangoon ist die Hauptstadt von Birma, einem früheren Königreich, das heute Provinz des indobritischen Reiches in Hinterindien ist.

60 Europaflieger am Start.

Lehte Vorbereitungen für den Internationalen Rundflug.

Die Bejahungen der zur Teilnahme am Internationalen Rundflug zugelassenen 60 Maschinen verammelten sich gestern Nachmittag in Staaken und erließen vom Vizepräsidenten des Aero-Clubs die letzten Erläuterungen über die Streckenführung und die in organisatorischer und technischer Hinsicht einzuhaltenden Vorschriften. Am Abend fand dann im Flugverbandshaus eine Begrüßung aller Rundflugteilnehmer sowie der ausländischen Sportkommissare und der sonstigen an der Durchführung des Unternehmens beteiligten Personen durch den Aero-Club von Deutschland statt. Der heutige Sonnabend vormittag wird in Staaken dazu benutzt werden, um die letzten Vorbereitungen an den Flugzeugen zu treffen, bei denen diejenigen Teile, die nach der Ausschreibung nicht ausgewechselt werden dürfen, plombiert werden.

Trotz des augenblicklich in Mitteleuropa herrschenden schlechten Wetters sind die meteorologischen Aussichten wenigstens für die ersten Tage des Europa-Rundfluges, also für den westlichen Teil der über 7500 Kilometer langen Strecke durchaus nicht ungünstig. Am ersten Flugtag, also am Sonntag, werden sich die Flieger auf der Strecke nach Reims—Calais auf der Rückseite des langsam nach Osten abziehenden Tiefs befinden, werden also mit — allerdings stark böigen — Nordwestwinden, aber nur mit

SINCLAIR LEWIS
26] **DER ERWERB**
ROMAN

Die Mutter erwachte und gähnte. „Er ist ein lebenswürdiger und sehr höflicher Mensch, aber ich glaube, Liebling, er ist für dich nicht geeicht genug. Wenn er nächstens wiederkommt, erinnere mich bitte, daß ich ihm die Photographien deines Vaters zeige, ich habe es ihm versprochen.“

Da begann Una über das Problem nachzusinnen, das für alle Mädchen der Großstadt wichtig ist; wo sie mit ihrem Freund zusammenkommen könnte, da die Parkanlagen unschicklich waren und ihr eigenes Heim so unerträglich langweilig für ihn.

Ob nun Walter eine Gefahr war oder nicht, ob seine Liebe zornig und rot und oft verlegend war oder nicht — Una wußte doch, daß sie ihr mehr bedeutete als die Mutter oder alle Konventionen oder der Ehrgeiz ihrer kleinen Stellung. Und mit diesem freudigen Geständnis schloß sie ein, und es begann ein neuer Bürotag — denn stets stellt das Büro von neuem seine Anforderungen, kaum daß die Freiheit des Wends vorüber ist.

Siebentes Kapitel.

1.

Diese Kinder der Großstadt — in der es keinen Ort gibt, wo man lieben, wo eins das innerste Wesen des anderen ergründen und erproben kann — mußten miteinander zu den sorglichen Vergnügungen der anspruchsvollen Armen durchbrennen. Walter war in Geldangelegenheiten ebenso extravaganter wie in geistigen, aber er hatte viele Schulden, einige Gewissenhaftigkeit und eine Kleinigkeit an Gehalt. Una jedoch ergötze sich an den bescheidensten Dingen, und ein Risiko war eine Delikatesserie für sie. Er führte sie in ein italienisches Restaurant und zeigte ihr angeblühte Künstler. Sie gingen mitammen auf die Galerie ins Theater zu einem Küßstück, und Una lachte und meinte nach Herzenslust und hielt während der ganzen Aufführung Walters Hand.

Sie nahm ihren ersten „Tee“ mit ihm; in Panama kannte man nur „Damentees“. Boll Scheu bewunderte sie seinen neuen Spazierstock und fühlte sich eingeschüchert durch seine Kennerschaft in dem ihr neuen Zimm-Losst, mit der er vor ihr glänzte.

Die ersten Blumen aus einem richtigen Blumengeschäft — ausgenommen ein Nelkenbukett, das ihr Henry Carlson in Panama bei ihrem Abiturium geschickt hatte — kamen von Walter; langstielige Rosen in Seidenpapier und mit einem Goldschnürchen und Walters Karte.

Und vielleicht zum erstenmal sah sie den Frühling wirklich, empfand das helle Licht des Himmels, der Balken und des frischen Grüns rings um sich als ihr eigen, als sie sich an einem Sonntag, knapp vor dem duftenden ersten Juni, mit Walter von der Mutter fortgestohlen hatte und im Central Park spazierenging.

Sie ging auch mit ihm auf Abenteuer aus, und hatte in ganz anständigen griechischen, japanischen und syrischen Restaurants das prickelnde Gefühl, etwas Gefährliches unternommen zu haben.

Zu Hause jedoch wartete die Mutter auf sie, und der Erwerb, das Büro, der Schreibtisch, nahmen ihre ganze Kraft in Anspruch.

Hätten sie einander weniger häufig gesehen, wäre Walter vielleicht eher geneigt gewesen, Träume für wirkliche Küsse gelten zu lassen und hätte sich damit zufrieden gegeben. Aber er sah sie täglich hunderte Male — und doch ging es mit ihrer Liebe nicht vorwärts. Das Rahesein im Büro quälte sie, und Frau Golden hielt sie einander fern.

2.

Die Frau, die stets hoch hinausgewollt und mühsig gewesen war, solange Hauptmann Golden sich für sie geplagt hatte; die getrauert hatte und mühsig geliebt war, während Una für sie gedacht und gehandelt hatte; die immer eine Mischung von Selbstsucht und Liebe gewesen, gewöhnte sich immer mehr und mehr daran, mit der Jugend der Tochter ihre Bequemlichkeit und ihren Kanarienvogel zu füttern — ein Tierchen mit schwindstüchtiger Stimme und unsauberen Gewohnheiten.

Frau Golden sah gerne bei einem Buch und liebte Romane, die von junger Liebe handelten. Sie war sanft wie eine gesättigte Kage und zart wie ein Tüllschleier, zum Teil aus Veranlagung, zum Teil, weil sie gelernt hatte, daß sie auf diese Weise am besten erreichte, was sie wünschte. Sie

hatte für Una eine ebenso bewundernde Anhänglichkeit wie früher für Hauptmann Golden; und sie lenkte den neuen Herrn des Hauses genau so wie den früheren. Bergnügt laußte sie allen Anordnungen, war einfach entzückt von Vorschlägen, daß sie etwas tun solle, und vergaß dann alles höchst anmutig.

Frau Golden war eine Meisterin anmutigen Vergessens. An Dinge, die sie nicht tun wollte, erinnerte sie sich höchst selten zur rechten Zeit. Es war keine Ausrede; sie vergaß wirklich und gründlich.

Una, die jeden Morgen ins Büro hastete und stets verzweifelte Anstrengungen machte, um nicht zu spät zu kommen, mußte sich täglich damit aufhalten, eine Liste der Dinge aufzuschreiben, die ihre Mutter tun sollte. Denn sonst — im Banne der Magazinsgeschichten, die sie stets vergaß und ahnungslos immer wieder las — hätte Frau Golden vergessen, einzukaufen zu gehen, die Kartoffeln zum Kochen zuzustellen, das Badezimmer aufzuräumen. . . Und oft brachte sie es noch fertig, Unas Zettel zu verlieren, den sie dann mit zitternden Lippen, doch mit geringer Ausdauer, suchte.

Kam Una stumpf und müde von des Tages Plakerei heim, fand sie das herzlichste Willkommen — und die Arbeit ungetan; kein Gemüse war fürs Abendessen, kein frisches Barmasser war für ihre schmerzenden Augen vorbereitet.

War Una zerstreut, hatte sie das Verlangen, allein zu sein, um sich ein wenig zu sammeln, dann pflegte Frau Golden zu seufzen: „Sag, Liebling, hab ich dich mit irgendwas geärgert?“ In jedem Fall, ob Una nun schweigsam oder ärgerlich war, die Mutter brachte es zumeist, gekränkt, doch tapfer zu sein; rührend und betrübt, doch niemals soweit unbeherrscht, daß sie den Tränen freien Lauf gelassen hätte. Und Una mußte sich dann küssen und streicheln lassen, ehe sie entwichen und das Abendessen bereiten konnte.

Nach dem Essen war Frau Golden stets bereit, alles zu tun, was Una wollte — Karten zu spielen, oder vorzulesen, oder spazierenzugehen — nicht sehr weit; sie war ja so zart, wie jedermann wußte, aber ein hübscher kleiner Spaziergang mit ihrer lieben, kleinen Tochter. . . Um solcher Unterhaltung willen war sie gerne bereit, ihre eigenen abendlichen Lieblingsbeschäftigungen aufzugeben, wie Potencelegen, Lesen und hübsche kleine Spaziergänge. . . Aber sie wollte nicht, daß Una ausging und sie allein ließ, auch nicht, daß böse, höle Männer wie Walter sie ins Theater führten, als wollten sie ihr ihre liebe Tochter stehlen. (Fortf. folgt.)

vereinzelt Regenschauern zu rechnen haben. Weiter nach Westen zu werden sie dann jedoch in den Bereich des im Bordenen auf Mitteleuropa befindlichen Azoren-Hochs gelangen, das ihnen gutes Flugwetter in Aussicht stellt. Von besonderer Wichtigkeit wird die Wetterfrage bei der zweimaligen Kanalüberquerung sein, und es ist möglich, daß bisher bei Reibebildung diejenigen Piloten im Vorteil sein werden, die im Blindflug erprobt sind. Der am Europa-Rundflug gleichfalls teilnehmende bekannte Luftkapitän Polte, der ja im letzten Winter den Blindfliegerkurs leitete, hat sich in seine W.B. Maschine eine ganze Blindflieger-Apparatur einbauen lassen, um auch dem schlechtesten Flugwetter und vor allem dem englischen Nebel Trost zu bieten.

Berlin unter Wasser.

Ueberschwemmungen durch den Regen in allen Stadtteilen.

Der außerordentlich heftige Regen, der seit Freitag mittag mit unerminderter Stärke andauert, hat in allen Stadtteilen Berlins große Ueberschwemmungen hervorgerufen. Besonders liefliegende Straßenzüge wurden, da die Gullys die gewaltigen Wassermengen nicht mehr aufzunehmen vermochten, völlig überflutet. Zahlreiche Keller wurden überschwemmt. Bei der Berliner Feuerwehr liefen von 21 Uhr ab unaufhörlich Hilferufe ein. Knapp zwei Stunden später wurde bei der Feuerwehr, was nur ganz selten der Fall ist, der Ausnahmezustand verhängt.

Neben vielen Alarmen über Wasserschäden wurde auch mehrfach Hilfe wegen angeblich drohender Einsturzgefahr von Wohnhäusern angefordert. Wie aus den nach Mitternacht einlaufenden Meldungen hervorgeht, nimmt die Situation an einigen Stellen recht bedrohliche Formen an.

Hafenkreuzler als Postauswechsler.

Krach auf Postamt SW 68. — „Ihr Marxistenhunde kommt alle ran!“

Ueber einen empörenden Vorfall im Betriebe des Postamts SW. 68 wird uns folgendes berichtet:

In den gestrigen Nachmittagsstunden kam es in der Briefabfertigung des Postamts SW. 68, Lindenstraße, zu einem Zusammenstoß zwischen dem Betriebsrat Hans R. und dem nationalsozialistischen Postauswechsler Willi Uffe. Uffe, der offenbar angegriffen war, drang ohne jeden Grund auf R. mit den Worten ein: „Du bist der Strohhalm, der uns verraten hat.“ R. meldete diesen Vorfall sofort dem Vorgesetzten. Als R. nach der Meldung zurückkam, schlug Uffe, der übrigens im Bezirk Kreuzberg bei allen Schlägereien zu finden und im „Sturm 26“ der Nationalsozialisten tätig ist, R. abermals mit der Faust ins Gesicht. Andere Kollegen, die sich bemühten, Ruhe zu schaffen, wurden von Uffe tätlich beleidigt. Plötzlich rief Uffe „S. A. heran!“, worauf die nationalsozialistischen Studenten, die hier ebenfalls als Aushelfer tätig sind, herbeieilten und alle Umstehenden zurückdrängten. Der inzwischen erschienene Aufsichtsbeamte verfügte die sofortige Entlassung des renitenten Hafenkreuzlers. Noch beim Verlassen des Postgebäudes drohte Uffe einem Kollegen mit den Worten: „Ihr Marxisten kommt alle ran!“

Leider war es uns wegen porgerückter Stunde gestern abend nicht mehr möglich, den Vorfall genau nachzuprüfen.

Vor einiger Zeit wurde an dieser Stelle wiederholt über nationalsozialistische Umtriebe unter der Beamtenschaft auf mehreren Berliner Postämtern berichtet. Der Reichspostminister hat die Vorgänge zum Anlaß genommen, eine Verfügung herauszugeben, in der es u. a. heißt, daß die Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Organisation mit den Aufgaben eines im Dienste der Republik stehenden Beamten nicht vereinbar ist. Gleichzeitig ergibt in demselben Erlaß an die leitenden Dienststellen die Aufforderung, über etwaige weitere Vorkommnisse dieser Art sofort an das Ministerium Bericht zu erstatten.

Mängel, die der Abhilfe bedürfen.

Es ist für den Arbeitsmenschen der Großstadt eine körperliche Qual, müde und abgepannt im stickigen Raum des geschlossenen Autobus seine Fahrt zurücklegen zu müssen. Während im unteren Teil des Wagens die wänzigen Luftklappen in Verbindung mit ein oder zwei halbgeöffneten Fenstern gänzlich unzureichende Luftzufuhr bieten, hält im oberen Raucherabteil die niedrige Decke den Tabakqualm fest, so daß die gänzlich verbrauchte Luft sich ebenfalls sehr unangenehm bemerkbar macht. Soll es denn nicht möglich sein, Schiebedächer, wie sie in Badeanstalten, Dachgärten usw. Verwendung finden, einzubauen? Wann endlich werden die öffentlichen Fernsprechanlagen in den belebten Straßenzügen auch nach Geschäftsschluss geöffnet sein? In dieser Zeit bedarf man ihrer doch besonders, da nicht jeder Lust und Geld hat, eines Telefongesprächs wegen ins Café oder Restaurant zu gehen!

Werden wir es noch erleben, daß sich das Fernsprechamt dem allgemein gültigen Rodus der Ultimo-Abrechnung anpaßt? Es ist eine Zumutung an das Publikum, dem Teilnehmer die mit einem lebendigen Ultimato verfehene Rechnung zu einem nach eigenem Belieben gewählten Termin zuzustellen!

Man schreibt uns: Im Restaurant Bayernhof, Potsdamer Straße, kommt es manchmal zu arg provozierenden politischen Anrempelungen. Anhänger der nationalsozialistischen Richtung, in recht feucht-fröhlicher Laune, geben der Musikkapelle ihre Spezialwünsche in Form bestimmter Lieder, die sie dann mit einem wahren Indianergeheul der Begeisterung mitgrößeln.

Es findet sich weder Wirt noch Geschäftsführer, der ihrem Treiben Einhalt gebietet. Es ist nur allzu verständlich, daß politisch Andersgesinnte die gemellte Provokation deutlich heraus hören und, je nach Temperament, mit der Gegenpartei aneinandergeraten. Wenn die Geschäftsleitung jedoch nur Hafenkreuzler-Bälle wünscht, dann werden eben republikanisch Gesinnte daraus ihre Konsequenzen ziehen und in Zukunft das Lokal zu meiden wissen. Die Sache ist sehr einfach, da es ja Kaffee und Bier auch anderswo zu kaufen gibt.

Die Biererzeugung ist im Rechnungsjahr 1929 (April 1929 bis März 1930) um weitere 3 Millionen Hektoliter gestiegen und belief sich auf 58 063 000 Hektoliter. Noch 9 Millionen Hektoliter und wir haben den imponierenden Stand des letzten Vorkriegsjahres erreicht.

Die Goldene Hochzeit begeht heute das Ehepaar Karl Köhlig, Lichtenberg, Junglt. 2. Köhlig war ein rühriger Mitarbeiter unter dem Sozialistengesetz und ist seit Jahren treuer Leser des „Vorwärts“.

Gefährliche Frauen.

Fürstengläubige als Opfer einer Hochstaplerin.

Die Frau auf der Anklagebank des Schöffengerichts Berlin-Witte zählt 59 Jahre. Die Anklageschrift nennt sie hochgebildet und künstlerisch veranlagt. Sie stammt aus Oesterreich, ihr Mann war Professor der Chirurgie. Sie ließ sich von ihm scheiden; er ist schon lange tot. Die Angeklagte führt als Schriftstellerin den Pseudonymen Ellen Karin.

Die Frau hat ein abenteuerreiches Leben hinter sich. Jedes Wort ihrer Erzählung auf die Goldwaage zu legen, wäre jedoch nicht raffam. Glaubt man ihr — was allerdings nicht ganz leicht fällt —, so war sie 1910 in London mit dem Fürsten Egon Wittgenstein verheiratet. Er verliebte sie, ging nach Indien, die Ehe wurde geschieden. 1923 verlobte sie sich angeblich mit einem persischen Prinzen Kasim. Das Verlöbniß wurde aufgehoben. Da sie nun auf richtigem Wege keinen Prinzen bekommen konnte, machte sie sich selbst zur Braut eines Fürsten — zur Verlobten des „Fürsten“ von Jenburg. Dadurch gewann sie an Wert und die Werte flossen ihr nur so zu. Ihr Abstieg begann bereits in der Inflationszeit: in München erhielt sie ein Jahr Gefängnis; die zweite Strafe betrug zwei Monate. In Berlin sang sie es so an: In einem Blatte erschien ein Inserat. Für ein Gut werde ein Inspektor, ein Verwalter, ein Sekretär, ein Landmesser usw. gesucht. Ein Bruder aus dem Internationalen Realogenerndens las das Inserat, schickte den Großmeister zur Inspektoren — es war die Braut des Fürsten von Jenburg. Das Gut Blankenfelde in der Nähe von Berlin sei ihr vom Verlobten als Morgengabe bestimmt, es müßte neu eingerichtet werden. Sie besand sich aber im Augenblick in bedrängten Verhältnissen. Und der Großmeister gab als „Tatschrift“, wie er sich bezeichnete, 3000 M. Dann meldete sich ein Gutsbesitzer; er sollte Gutsverwalter werden, gegen eine Entlohnung von 50 000 M. das Gut einrichten. Die Braut des Fürsten weihte den Gutsbesitzer in ihre Pläne ein. Sie habe vor, eine Filmgesellschaft zu gründen, es sei aber peinlich, den Fürsten um Geld anzugehen. Ein Angefallener habe sie betrogen. Der Gutsbesitzer ließ 13 000 M. von sich zu nächstlicher Zeit in den Grimwald und haben sich hier von außen die Villa des Fürsten Jenburg an. In Wirklichkeit war es die Villa eines Warenhausebesitzers. „Weshalb fuhr sie nicht am Tage?“ fragte der Vorgesetzte. „Da hätte vielleicht Frau Wertheim aus dem Fenster blicken können“, erwiderte der Gutsbesitzer. Natürlich hatte die zukünftige Fürstin nicht die geringste Absicht, ihre Mitmenschen zu betrügen. „Sie haben zwei Offenbarungseide geleistet“, hielt ihr der Vorgesetzte vor. „Es wird wohl mehr Leute in Deutschland geben, die das gleiche getan haben“, erwiderte sie schlagfertig.

Der Gesamtbetrag der erschwundenen Gelder machte 20 000 M.

Die Angeklagte erhielt wegen Hochstaperei fünf Monate Gefängnis... Es gibt noch mehr Fürstentitel in Deutschland. Und noch viel mehr fürstengläubige Bürger!

Madonna auf der Anklagebank.

Für den Geliebten ins Gefängnis.

Niemand würde es der sympathischen jungen Dame mit dem Madonnenesicht und Madonnenföhler ansehen, daß sie eine vorbestrafte Diebin ist. Dreimal schon mußte sie das Verbrechen des Diebstahls verantworten und dreimal wanderte sie ins Gefängnis.

Dieser Tage stand sie vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg, angeklagt wegen Urkundenfälschung und Betruges in mehreren Fällen. Sie betrog Geschäftsleute, Pensionsinhaber, Wirte in unzähligen Fällen. Als Frau v. Roffow pflegte sie sich in den Pensionen, in denen sie mit dem Gehaben einer grande Dame abstieg, einzutragen. Sehr bald mußte sie durch einschmeichelndes und kultiviertes Benehmen das Vertrauen der Pensionsinhaber zu gewinnen. Sie erzählte von Erbschaften, die sie zu bekommen hatte, von Revenuen, die ausständig wären, von Beziehungen usw., blieb „selbstverständlich“ alle Zeichen schuldig und verschwand unter Mitnahme aller verwertbaren Gegenstände, die sie erhaschen konnte. Bei Juwelieren kaufte sie Brillantringe auf Raten, verkaufte sie dann, ohne je eine Rate bezahlt zu haben. Bei ihren Betrügereien bediente sie sich des Namens ihres Verlobten, Frikoni. Vorsühender: Wo haben Sie denn alles Geld hingezogen?

Angeklagte: Ich hätte noch viel mehr brauchen können, weil ich es meinem Geliebten zustaten wollte. Die Angeklagte schildert ihren Lebenslauf. Ihr Vater war Großkaufmann und sie, die in Wirklichkeit Winkel heißt, hat eine Wittig von 500 000 Mark mitbekommen. Ihr Mann sei jedoch ein Spieler gewesen und habe sie um das ganze Vermögen gebracht. Nach der Scheidung habe sie sich in einen Mann, den sie nicht nennt, verliebt und um seinetwillen alle Verbrechen begangen.

In seinem Plädoyer führte der Staatsanwalt aus, daß die Angeklagte von einer verbrecherischen Energie beherrscht ist und daß man bei allem Willen ihr nur die leidenschaftliche Liebe zu ihrem Freund zugute halten kann. Er beantragte für die Angeklagte zehn Monate Gefängnis. Angeklagte (weinend): Ich kann ja nichts sagen, „ich hab' es ja nicht für mich getan“. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug in mehreren Fällen zu acht Monaten und zwei Wochen Gefängnis, wobei der unbefugte Einfluß des Geliebten als mildernd, die mehrfachen Vorstrafen als erschwerend angenommen wurden.

Selbstverwaltung / Hausfriedensbruch

Kommunistischer Bezirksverordneter unter Anklage.

Das Erweiterte Schöffengericht Neukölln hat sich am 18. Juli mit der Frage zu beschäftigen, ob ein Bezirksverordneter ohne besonderen Auftrag öffentliche Einrichtungen der Stadt besuchen darf, und wie weit dabei gegen ihn das Hausrecht Anwendung findet.

Von Erwerbslosen waren dem kommunistischen Bezirksverordneten Martin Weise Beschwerden über angebliche Mißstände in dem städtischen Tagesheim in der Thomasstraße unterbreitet worden. Weise, der gleichzeitig Mitglied der Wohlfahrtsdeputation des Bezirksamtes Neukölln ist, suchte den Leiter des Heimes zu einer Aussprache zu bewegen. Dieser lehnte das aber mit der Bemerkung ab, daß er mit dem kommunistischen Bezirksverordneten nichts zu tun habe. Er wies den kommunistischen Bezirksverordneten außerdem aus dem Tagesheim. Weise kam aber dieser Aufforderung nicht nach, sondern hielt an die dort versammelten Erwerbslosen eine Rede. Dieses Verhalten führte den Bezirksverordneten wegen Hausfriedensbruches auf die Anklagebank. In der gestrigen Verhandlung, die schließlich verlagert wurde, bezeichnete der Angeklagte die Anzeige als ein Mittel, dem Selbstverwaltungsrecht den Garau zu machen. Der Staatsanwalt vertrat dagegen die Meinung, daß auch ein Bezirksverordneter dem Hausrecht unterstehe. Nur die Bezirksverordneter als Körperschaft oder deren offizielle Beauftragte könnten das Recht für sich in Anspruch nehmen, das sich Weise eigenmächtig angemaßt habe. Die Verhandlung wurde schließlich vertagt, da das Gericht Sachverständige über diese Frage der Selbstverwaltung hören will.

Dachstuhlbrand am Ostbahnhof.

Im Dachstuhl des Hauses am Ostbahnhof 8 brach gestern abend aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, das an Bodenrumpel reiche Nahrung fand und schnell um sich griff. Mehrere Löschzüge der Feuerwehr hatten mit der Bekämpfung des Brandes längere Zeit zu tun.

Restfalkenlager Munster.

Die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde teilt mit: Alle Kinder aus dem Restfalkenlager Munster treffen heute nachmittags 14,06 auf dem Lehrter Bahnhof ein und sind dort abzuholen.

Sommerfest in der „Freien Scholle“ Tegel!

Wie alljährlich, so veranstaltet auch am Sonntag, dem 20. Juli 1930 die Bauernschaft „Freie Scholle“ das zur Tradition gewordene Sommerfest. Mehrere Vereine der Scholle, Musikkapellen, Onkel Pelle, u. a. sorgen für Unterhaltung auf dem großen Festplatz an der Hermsdorfer Straße. Ferner Musik, Gajang, Wandervortus und Tanz. — Eintritt 30 Pf. — Alle Genossenschaftler, Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sind herzlich willkommen.

Stahlhelm und Justiz.

In der Abendausgabe Nr. 296 brachte der „Vorwärts“ einen Bericht über eine Verurteilungsverhandlung gegen den Bader R., der wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt vom Amtsgericht Charlottenburg zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden war. Irrtümlicherweise nahmen wir an, daß auch die Staatsanwaltschaft — wie es ja eigentlich anders nicht zu erwarten gewesen sein sollte —, gegen dieses grösste Urteil Berufung eingelegt hatte. Wir rügten deshalb, daß die Kleine Strohkammer, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siegmann, zum gleichen Ergebnis gekommen war, wie die erste Instanz. Die Justizpressestelle dichtet um eine dahingehende Berichtigung, daß die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil erster Instanz keine Berufung eingelegt hatte, daß also eine Abänderung des erstinstanzlichen Urteils zugunsten des Angeklagten unmöglich war.

Es muß Befremden erregen, daß es die Staatsanwaltschaft in

diesem Falle nicht für notwendig gehalten hat, gegen das unbegründete Urteil des Amtsgerichts Charlottenburg, Berufung einzulegen. Um so mehr, als der Stabsheilmann, der seine Kameraden gegen die Polizeibeamten ausgeht und sich an ihnen tätlich vergreift, sollte sich selbst mit der unerbittlichen Strafe nicht zufrieden geben wollen.

Explosion auf französischem Dampfer.

Zwei Personen getötet, sieben verletzt.

Marseille, 18. Juli.
Gestern nachmittags ereignete sich auf dem französischen Passagierdampfer „Sphinx“, der mit Bestimmung nach dem Fernen Osten ausgelaufen war, im Maschinenraum eine Explosion, worauf der Dampfer in den Hafen zurückkehren mußte. Bei der Explosion wurden zwei Personen getötet und sieben verletzt. Unter den Verletzten befindet sich ein Europäer, die anderen sind Annamiten und Chinesen.

Grenzbahnhof Neu-Bentfchen.

Die neue Uebergangsstation nach Polen und Ostpreußen.

Der durch die neue Grenzziehung im Osten notwendig gewordene Bau des Grenzbahnhofes Neu-Bentfchen ist jetzt soweit fertiggestellt, daß am 14. August die Inbetriebnahme der gesamten Anlage erfolgen kann. Bisher war die Station nur für den Güterverkehr geöffnet. In dem genannten Tage wird sie auch für den Personen-, Gepäc- und Expressgutverkehr in Neu-Bentfchen eröffnet. Die Straßen Berlin—Stentisch, Halle—Kottbus—Bomst und Landsberg—Meseritz—Stentisch, die früher auf polnischem Gebiet zusammenliefen, werden nunmehr auf deutschem Gebiet in Neu-Bentfchen vereinigt. Die Bahnhöfe Stentisch und Bomst sind daher nicht mehr Grenzübergangsbahnhöfe nach Ostpreußen und Polen.

Zeppelin nach zweiter Nordlandfahrt gelandet.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist nach seiner Nordlandreise, die es bei dem Rückflug über Island, England, Frankreich und die Schweiz nach dem Bodensee führte, um 19.53 Uhr nach 61stündiger Fahrt in Friedrichshafen glatt gelandet.

Reichliche Bekehrungsfeiern im Rundfunk. Am Sonntag, dem 20. Juli, übertrug die Deutsche Welle in der Zeit von 11.15 Uhr ab den Festakt aus der Stadthalle Mainz anlässlich der Anwesenheit des Reichspräsidenten; am Dienstag, dem 22. Juli, in der Zeit von 11.45 bis 13.20 Uhr findet die Uebertragung der Bekehrungsfeier aus Koblenz statt, und zwar die Begrüßung am Deutschen Eck und die Bekehrungsfeier der preussischen Staatsregierung in der Stadthalle, bei der auch der Reichspräsident das Wort ergreifen wird.

Deutscher Stenographentag Berlin 1930. Zu der Tagung des Deutschen Stenographenbundes (Bund für Einheitssteno-graphie), die Anfang August in Berlin stattfinden und die die größte Stenographenversammlung der Welt sein wird, haben Staat und Wissenschaft bereits ihre Teilnahme zugesagt. Der Reichspräsident hat einen Ehrenpreis zur Verfügung gestellt. Das Verhandlungsprogramm wird die große Bedeutung der Kurzschrift auf allen Gebieten des Schreibverkehrs zum Ausdruck bringen. Die Festrede hält Staatssekretär v. D. Heinrich Schulz, der während seiner Amtszeit im Reichsinnenministerium mit besonderer Energie für die Schaffung der Deutschen Einheitssteno-graphie gewirkt hat.

Das ideale
Laxin Abführ-Konfekt

Internationales Verbrechertum

255 Auslieferungserfuche in einem Jahre.

Das Verbrechertum ist international. Wenn der Strafsüchtige irgendwo eine kriminelle Handlung begangen hat, sucht er das Weite; wenn er kann, flüchtet er nach dem Ausland. Das zeigt die Kriminalstatistik des Deutschen Reiches vom letzten Jahre, die vom 1. Juli 1928 bis zum 30. Juni 1929 geführt wurde.

Die großen Verbrecher sind untereinander durch viele geheime Fäden verbunden, die zumeist in den Hauptstädten Europas und des übrigen Auslandes liegen. Die sollen die einzelnen Kriminalbehörden der Gesehensdächer habhaft werden, die trotz ständiger Verfolgung über die Grenze ins Ausland entkommen sind? Hat man durch die internationale Zusammenarbeit der Polizeibehörden den Verbrecher entdeckt und festnehmen lassen, wird ein Auslieferungsvorhaben notwendig, das durch die diplomatische Vertretung des ersuchenden Landes beim beuglaubigenden Staat, in dem der Missetäter verhaftet wurde, geführt werden muß. Im Laufe des Berichtsjahres wurden durch Deutschland nicht weniger als 255 Ersuche zur Auslieferung gestellt. Es überwogen in der Statistik dieser Gesuche die europäischen Nachbarstaaten Deutschlands, also Oesterreich, die Schweiz, Tschechoslowakei, Niederlande, Belgien und Frankreich. In allgemeiner Erinnerung ist noch das Auslieferungserlangen an Frankreich wegen des Versicherungsmordes Lehner-Leipzig. Der Mörder war nach Straßburg geflohen, dem deutschen Ersuchen um Auslieferung wurde von der französischen Republik unverzüglich stattgegeben. Auch an überseeische Staaten wurden Auslieferungserfuche gerichtet. Hier haben Argentinien und Brasilien die Führung.

Die strafbaren Handlungen, die zur Rechtfertigung des Auslieferungsergehens angeführt wurden, umfassen Mord und Totschlag, Raub, einfachen und schweren Diebstahl, Unterschlagung, Urkundenfälschung, betrügerischen Bankrott, Betrug, Hehlerei, Erpressung und andere Delikte. Die Auslieferung beruht auf Gegenseitigkeitsverträgen zwischen den einzelnen Staaten. Es kann kein Beschuldigter wegen eines Verbrechens ausgeliefert werden, das im Aufenthaltsstaate nicht strafbar ist. Bei politischen Verbrechen erfolgt in demokratisch regierten Kulturstaaten keine Auslieferung, wenn nicht gleichzeitig das politische Verbrechen mit gemeinen kriminellen Handlungen verbunden ist. Dies ist selbstverständlich auch in der Verfassung der deutschen Republik verankert.

Während Deutschland aus Ausland 255 Gesuche um Auslieferung erhielt, erhielt es in der gleichen Zeit 263 Gesuche, von denen aus Oesterreich allein 84 und aus der Tschechoslowakei 57 kamen. Man sieht aus der Aufstellung, daß nur durch gegenseitige Unterstützung der Behörden in einzelnen Ländern eine erfolgversprechende Zusammenarbeit im Kampf gegen das Verbrechertum möglich ist.

Allgemeine Wetterlage.



An der Südseite des über der Nordsee befindlichen Depressionsgebieten hat sich eine Teilstörung gebildet, die am Freitagabend die Tschechoslowakei und Schlesien überdeckt. Auf ihrer Nordostseite sind warme subtropische Luftmassen bis nach Schlesien gelangt, wo die Temperaturen bis über 30 Grad steigen konnten. In der südwestlichen Hälfte des Reichs herrschten kühle ozeanische Luftmassen. Im Grenzgebiete zwischen den beiden verschiedenen Luftkörpern regnet es teilweise erheblich. Die Störung scheint nach Osten abzuwandern; da sich aber immer noch einzelne Störungen bilden dürften, wird das Wetter veränderlich bleiben.

Wetter für Berlin: Weiterhin unbeständig und etwas kühler mit wiederholten Regenfällen. — Für Deutschland: Im Osten bei wenig veränderten Temperaturen vorwiegend trübe und regnerisch. Im Westen unbeständig, vielfach Schauer, ziemlich kühl.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an den Bezirkssekretariat, L. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Voranzeige.

Dienstag, den 22. Juli, 19½ Uhr, findet im Saalbau Friedrichshain eine **allgemeine Funktionärerversammlung** statt. Thema: „Die gegenwärtige politische Lage und die Auslösung des Reichstags.“ Eine weitere Inanspruchnahme der Funktionäre an diesem Abend ist tunlichst zu vermeiden. Der Bezirksvorstand.

13. Kreis Tempelhof. Die Karten vom Parteifloßplatz müssen am Sonnabend, dem 19. Juli, in der Zeit von 18 bis 20 Uhr, beim Genossen Paul Friedrich, Tempelhofer, Werberstr. 10, Aufgang III, 3 Treppen, abgerechnet werden.

Heute, Sonnabend, 19. Juli.

15. Abt. Bezirksklubber, Flugzettel sofort abholen vom Genossen Holzall, Dorotheer Str. 61.

125. Abt. Weihensee. Die Funktionäre werden gebeten, die Einlooskarten zum Sommerfest am Sonntag abzurechnen. Die Bildungskommission trifft sich Sonntag, 9 Uhr, im Schloß Weihensee.

Jungsozialisten.

Gruppe Heidenberg. Morgen, Sonntag, 20. Juli, Fahrt nach Weihensee. Wir fahren mit dem Zug 6.53 Uhr ab Heidenberg bis Henningsdorf. Teilnehmer aus den anderen Orten steigen dort ein.
 Tempelhof-Neudorf. Morgen, Sonntag, Fahrt nach dem Ober-Spreeranal. Treffpunkt 6½ Uhr Bahnhof Tempelhof.
 Gruppe Köpenick. Sonntag, Fahrt. Wir treffen uns um 8 Uhr am Bahnhof Pankowstraße, an der Uhr, mit Bahrtaxe nach Oranienburg.
 Gruppe Friedrichshagen. Morgen, Sonntag, 20. Juli, Treffpunkt am Schiffsdenkmal, Pankowstraße, gegenüber der Post (Dier-Büschgen), zur Fahrt nach Sangerhausen (Marz-See), Pankowsee.
 Gruppe Neukölln. Heute, Sonnabend, Vorkahrt nach Tempelhof-Groß-Köpenick (Jugendberberge Klein-Köpenick), Abfahrt 16 Uhr Köpenicker Bahnhof.

Geburtslage, Jubiläen usw.

117. Abt. Finkenberg. Dem Genossen Karl Katschewski zu seinem 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Funkwinkel.

Berlin übertrug am Abend ein Konzert vom Musikfest der Internationalen Gesellschaft für neue Musik, Sektion Deutschland, aus Bad Pyramont. Der Deutschlandsender übernahm einen Wagnerabend aus Rordernen. Die Übertragungen beider Veranstaltungen schienen unter Witterungsstörungen zu leiden. — Das „Interview der Woche“ führte den Vorsitzenden der amerikanischen Steuben-Gesellschaft, Theodor Hoffmann, vor das Mikrophon. Man erfuhr, daß diese jetzt zehn Jahre bestehende Gesellschaft es sich als Hauptaufgabe gestellt hat, die kulturellen und politischen Rechte der Deutsch-Amerikaner in ihrer neuen Heimat zu wahren. Im übrigen sorgte der Interviewer dafür, daß die Unterhaltung über einige von allgemeinem Interesse erfüllte Sätze nicht hinauskomme. Daß der ehemalige preussische Offizier Friedrich Wilhelm von Steuben den amerikanischen Freiheitskampf organisierte als Träger der von der revolutionären Gärung Frankreichs ausgehenden bürgerlich-demokratischen Ideen, wurde den Funkhörern nicht verraten. — In der Jugendstunde gab Prof. Dr. Hans Reichenbach sehr anschaulich und anregend eine Einführung in praktisch angewandte Geologie; leider ein wenig spät für diese Ferienreise. — In Vertretung für den Funkintendanten Fiedrich — wie betont wurde, erst im letzten Augenblick für diesen eingesprungen — gab Alfred Braun die Vorschau über das Programm der nächsten Woche. Der Bericht mußte naturgemäß etwas unvollständiger als sonst ausfallen; aber letzten wurde die Gefahr einer langweiligen Aufzählung so gut vermieden wie diesmal. Tes.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an den Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

„Baldur“-Fahrt nach Achin an der Havel am 26. und 27. Juli. Teilnehmergebühr 3 M., einschließlich 2 mal Kaffee, Tee oder Kola, Mittagessen, Übernachtung und Dampferfahrt. Abfahrt am Sonnabend, dem 26. Juli, 18 Uhr, ab Spandau. Teilnehmertaxen sind noch im Jugendsekretariat erhältlich.

Heute, Sonnabend, 19. Juli.

Köpenicker See: Beim Wasserwerk, 8. 20 Uhr Lichtbilder: „Strom vom Sport und der Körperpflege“. — Weitz: Fahrt nach Treptow, Treffpunkt 16 Uhr Bahn- oder Rudower Straße. — Neukölln: 11. Fahrt nach Treptow, Treffpunkt 19½ Uhr Reuterplatz, Köpenicker 20 Uhr Bahnhof Neukölln. — Neukölln IV und IX: Fahrt nach Treptow, Treffpunkt 17 Uhr Bahnhof Neukölln. — Köpenicker 20 Uhr ebenfalls.

Bezirksklubber: Neukölln: Abendbesprechung in Treptow, Thema: „Das Stütz- und Halbtagestheater der Arbeiter“. Tagespolitik. Referent: Ernst Rötting. Alle Stuppen müssen bis 22 Uhr in der Jugendberberge sein. Schloß-Ladung, Köpenicker 20 Uhr Bahnhof Neukölln.

Bezirksklubber: Finkenberg: Beteiligung an der 20-Jahre-Fahrt der SPD, Doppelpartien-Neudorf, Treffpunkt 20 Uhr Bahnhof Finkenberg.

Neukölln VIII: Morgen, Fahrt, Treffpunkt 6¼ Uhr Weidensee, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße, Pankow. Morgen, Fahrt nach Köpenicker, Treffpunkt 14½ Uhr an der Pankowsee-Schleuse. — Sangerhausen: Morgen, Fahrt nach Köpenicker, Treffpunkt 6¼ Uhr Ecke Altonaer-Tor, 60 Pf. Fahrgeiß.

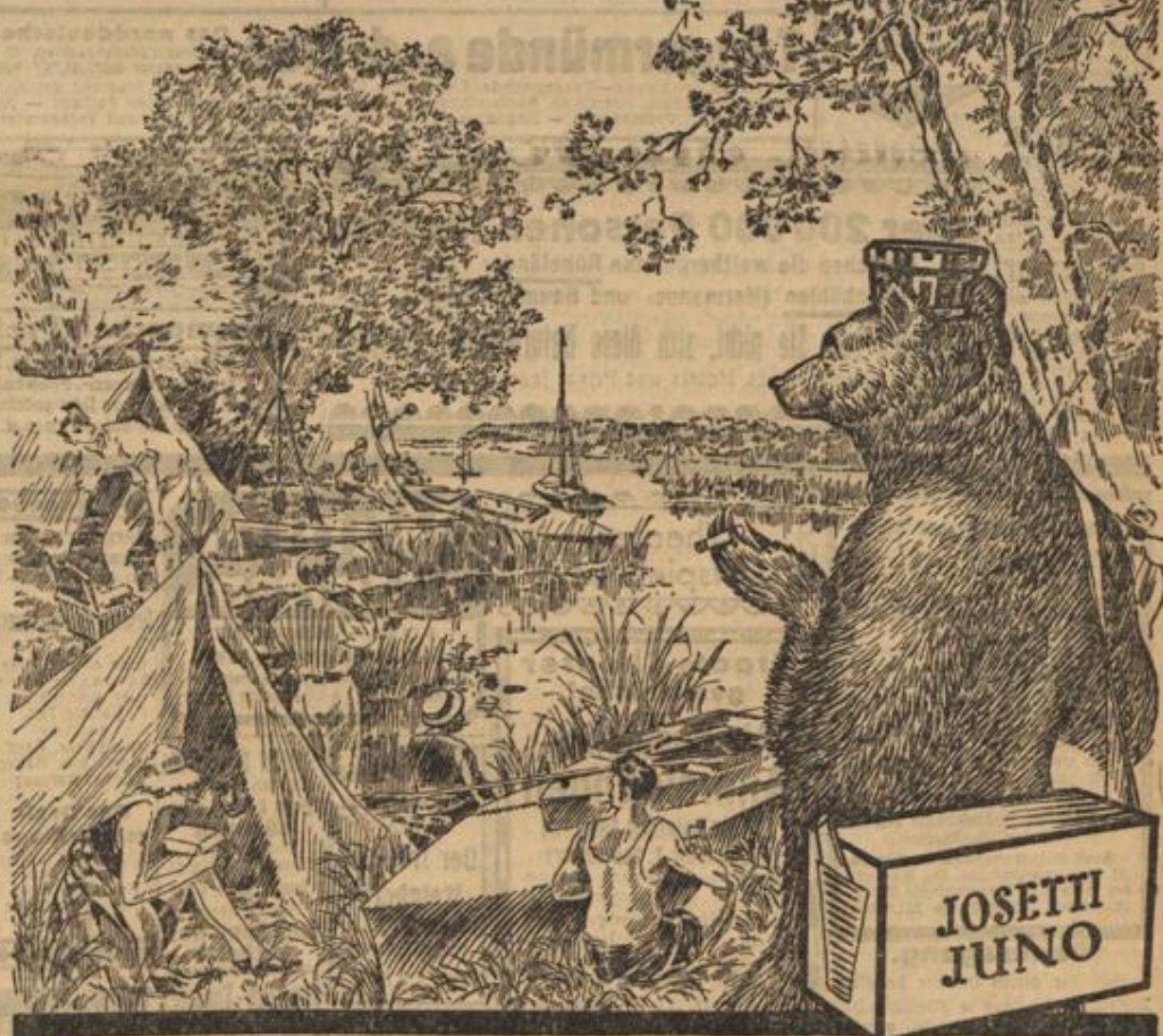
Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seebastionstr. 37-38, Hof 2. R. Sonnabend, 19. Juli, Neudorf (Zug 8). 7½ für Sonnabend, 19. Juli, und Sonntag, 20. Juli, separate Fahrt nicht aus. — Sonntag, 20. Juli, Pankowsee (Zug 8). Um 12½ Uhr Antritt Fahndel Pankowsee (Zug 8). Fahrt nach Pankowsee (Zug 8). Pankowsee (Zug 8). Antritt ¼ Uhr Bahnhof Friedrichshagen-Ost mit Landungsboot und Fahren zur Aufschiffung nach Köpenicker in der Seemanns-Wohlfahrt 6 Uhr. Alle aktiven Kameraden beteiligen sich restlos an dieser Pflichtveranstaltung des Kreises Ost. Pankow (Ortsverein). Um 13 Uhr Antritt Bahnhof Pankow-Schönhagen. Fahrt nach Köpenicker. Pflichtveranstaltung. Kreis Ost. Aufschiffung nach Köpenicker. Treffpunkt der Ortsvereine 8 Uhr Freizeimalde an der Ober. Neukölln-Bez. Pflichtveranstaltung nach Köpenicker 15 Uhr Endhalte der Eisenbahn in Rudow. — Montag, 21. Juli, 2. Kameradschaft, Versammlung der Seebastion, Weidensee, 3. 3. Kameradschaft, Zug Ober. Versammlung der Sanger, Thomast. 31.

Im Hof-Theater wird „Die andere Seite“ von H. C. Schriff in der Premiere nur noch bis Sonntag, 20. Juli, gegeben. Am Montag, dem 21. Juli, findet im Innen-Theater die Premiere der vollständig neu inszenierten Komödie „Nachdem als Gräber“ von Otto Ernst Ball. Auf der Charakterbühne steht nach wie vor die erfolgreiche Auktionenperle „Verliebt in Deutschland“ von Münch auf dem Spielplan. Vorher das große Varietéprogramm.

Was sagt der Bär?



Von Jahr zu Jahr wächst die Begeisterung für unsere märkischen Seen. Hochbepackt geht es hinaus, Zelte werden aufgeschlagen, fröhliches Lagerleben beginnt, und wer den Tag restlos genießen will, greift zu

Joseffi Juno

Berlins meistgeraucherter 4-8 Cigarette

So umgeht man Handelsverträge.

Ein deutsch-finnisches Privatabkommen.

Bekanntmachung des Amtsgerichts Berlin-Mitte.

Eingetragen in das Handelsregister am 1. Juli 1930 Nbr. B. Nr. 44431: Butter- und Käse-Einfuhr-G. m. b. H. Gegenstand des Unternehmens: Die Einfuhr und der Vertrieb von finnischen Molkereierzeugnissen, Kapital 50 000 M. Geschäftsführer: Rittergutsbesitzer Bollrath von Arnim in Mellensau (Udemarsf.).

In dieser kurzen Bekanntmachung des Reichsanzeigers wird ein hübsches Kapitel deutscher Handelspolitik, die Umgehung des deutsch-finnischen Handelsvertrags dokumentiert und umschrieben.

Im Sommer 1929 ist im Reichstag eine Erhöhung der Zölle von Molkereiprodukten beschlossen worden. Diese Zölle waren jedoch im deutsch-finnischen Handelsvertrag gebunden. Nach langen Verhandlungen mit Finnland ist ein Zusatzabkommen zustande gekommen, in dem die Erhöhung der Butterzölle vertraglich festgelegt wurde, die Käsezölle wurden aber nicht erhöht. Dieses Zusatzabkommen, das Finnland große Opfer auferlegte, ist von Finnland ratifiziert worden, nicht aber von Deutschland, weil die agrarischen Parteien dagegen Sturm liefen und in wilden Protesten die Kündigung des gesamten deutsch-finnischen Vertrages, der für die deutsche Exportindustrie von großer Bedeutung ist, forderten. Die Gesamtinteressen der deutschen Wirtschaft waren bei dieser gewissenlosen Hege, die von agrarischer Seite neuerdings ganz allgemein gegen das Handelsvertragsystem vom Stapel gelassen wird, den agrarischen Interessenten völlig gleichgültig. Was diese aber schließlich die Erfolglosigkeit ihrer Bestrebungen einjagen, als nicht einmal Schiele diese Kündigung durchsetzen konnte, schlugen sie einen anderen Weg ein:

Vertreter der deutschen privaten Landwirtschaft fuhrten nach Finnland.

um den Finnländern durch private Abmachungen über die Einfuhr von Molkereierzeugnissen nach Deutschland die Zustimmung zu einer Erhöhung der Käsezölle im deutsch-finnischen Zusatzvertrag abzulaufen. Schließlich ist es zu einer Einigung zwischen den deutschen und finnischen Landwirtschaftsvertretern gekommen. Finnland hat seine Zustimmung zur vertraglichen Erhöhung der Käsezölle gegeben und das abgeänderte Zusatzabkommen lag in den letzten Tagen dem Reichstag vor.

Man durfte gespannt sein, welchen Preis die deutschen Wirtschaftsvertreter für diese Konzession im finnischen Handelsvertrag bezahlen mußten. Da

enthüllte sich nun ein großer Skandal.

Für die finnische Zustimmung zur Erhöhung des deutschen Käsezolls mußte sich Deutschland verpflichten, jährlich 80 000 Doppelzentner finnische Butter und 60 000 Doppelzentner finnischen Käse, das ist mehr als doppelt soviel wie die bisherige Einfuhr finnischer Molkereiprodukte nach Deutschland zu beziehen, und zwar zu einem Preise, der in einer bestimmten Relation zu den Börsennotizen von

London, Kopenhagen und Berlin steht. Zur Durchführung dieser deutsch-finnischen Butter- und Käse-Transaktion ist in Finnland eine Ausfuhrgesellschaft, in Deutschland die oben näher gekennzeichnete Butter- und Käse-Einfuhr G. m. b. H. gegründet worden.

Diese deutsch-finnische Käsechiebung ist eine glatte Umgehung, Durchlöcherung und Diskreditierung der Handelsvertragspolitik und des Meistbegünstigungssystems. Nicht mit Unrecht werden in Zukunft Länder, mit denen Deutschland Handelsverträge abschließen will, und denen die Meistbegünstigung angeboten wird, außerordentlich skeptisch gegenüber Deutschland sein, denn nie können sie wissen, ob das Angebot der Meistbegünstigung auch eine tatsächliche Meistbegünstigung zur Folge hat oder ob nicht durch ein Herausrauben der handelsvertraglichen Meistbegünstigungsätze bei gleichzeitiger Dehnung von privaten Hintertüren für andere Länder ein Rohkäuferspiel mit ihnen getrieben wird. Wir sehen daher in dieser neuen Art der Handelspolitik die aller schlimmsten Gefahren für den deutschen Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland.

Über nicht genug damit: das scheinbar private deutsch-finnische Täuschungsmanöver ist nicht privat, sondern es war und ist

von der Regierung gebilligt.

Die deutsche Einfuhrgesellschaft hat nicht nur, wie wir hören, für den Fall des Kontraktbruchs oder der Nichtabnahme der abgeschlossenen Mengen von Molkereiprodukten ein Reuzgeld von 30 Millionen Mark sicherstellen müssen, sondern es ist auch damit zu rechnen, daß dieses Geschäft zu Verlusten führen wird. Neben der festen Abnahmegarantie ist Finnland auch ein gewisser Preiszuschlag zu den normalen Verwertungspreisen zugestanden worden. Für die bei dem Abfall der Molkereiprodukte entstehenden Verluste soll das Reichsernährungsministerium unter Zwischenschaltung der Reichskreditgesellschaft Garantien übernehmen haben, die aus dem Rotprogramm bezahlt werden und sich jährlich auf mindestens sechs Millionen belaufen.

Wir stehen also vor der grotesken Tatsache, daß das Deutsche Reich mit der einen Hand einen Handelsvertrag abschließt, mit der anderen Hand aber Mittel bereitstellt und Wege öffnet, um diesen Handelsvertrag zu umgehen. Während auf der einen Seite große Kämpfe um die Deckung des Etats geführt werden, werden auf der anderen Seite Millionenbeträge als Käsesubvention und zur Umgehung von Handelsverträgen hinausgeworfen.

Die Sozialdemokratie hat es abgelehnt.

dem durch solche Dumstämmergeschäfte zustande gekommenen deutsch-finnischen Zusatzabkommen zuzustimmen. Trotz unseres Protestes ist der jamose Vertrag 24 Stunden vor Auflösung des Reichstags mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien verabschiedet worden. Die Früchte dieser Sogt werden bald genug aufgehen. Hollands Molkereien, die geschädigt sind, haben bereits zum Boykott deutscher Maschinen aufgefordert.

Die Dividendenmäßigung wird in erster Linie mit der Notwendigkeit einer großen Sonderabfindung auf die Aktienindustriebau Held u. Franke A.-G., Berlin, begründet. Die Aktienmehrheit dieses Unternehmens hat Generaldirektor Lübbert für die A.-G. Verkehrswesen im Jahre 1929 von dem D. S. Werke-Konzern und einem Bankentonsortium eingetauscht, wobei für 100 M. Industrieaktien etwa 95 M. junge Verkehrswesensaktien gegeben wurden. Rechtlich ist die Transaktion angreifbar, weil Lübbert über junge Verkehrswesensaktien verfügte, bevor die Generalversammlung überhaupt die notwendige Kapitalerhöhung beschlossen hatte. Aber daran nahm niemand Anstoß. Lübbert wollte ursprünglich den Vermögensstand der Industriebau A.-G. durch eigene Angestellte überprüfen lassen; als das nicht möglich war, begnügte er sich mit dem Bericht des ersten Revisors im D. S. Werke-Schultheiß-Pagenhofer-Konzern. Dieser bestätigte die Angaben der Verwaltung von Held u. Franke, die für das Jahr 1929 einen Reingewinn von 1,3 Millionen ausgewiesen hatte. Lübbert fragte dann nach seiner in der Verkehrswesen-Generalversammlung abgegebenen Erklärung noch Herrn Dr. Gustav Sintenis, Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft zum Auskunft. Sintenis ist Aufsichtsratsmitglied der Industriebau A.-G. und war bis vorgestern zweiter Aufsichtsratsvorsitzender der A.-G. für Verkehrswesen. Sintenis, mit der Berliner Handelsgesellschaft und der Dormstädter und Nationalbank an der Unterbringung der Industrieaktien finanziell interessiert, äußerte sich scheinbar außerordentlich günstig über den Stand der Industriebau-Gesellschaft und erklärte, er könne der A.-G. für Verkehrswesen zu dem Erwerb nur gratulieren. Darauf wurde die Industriebau-Gesellschaft Held u. Franke dem Verkehrswesen-Konzern eingegliedert, in der Erwartung, daß sie große Vorteile bringen würde.

In Wirklichkeit hatte die Industriebau-Gesellschaft 1928 einen Verlust von 2 Millionen Mark erlitten. Der Status mit dem 1,3-Millionen-Gewinn entsprach nicht den Tatsachen und für das Jahr 1928 wurde die elfprozentige Dividende scheinbar aus Krediten gezahlt. Wegen die Behauptung, daß die beteiligten Banken über den Gewinn bei dem überbezahlten Paket hinaus an der Börse noch Sonderprofite einsteckten, hat sich kein Vertreter der Banken zur Wehr gesetzt.

Dr. Masberg regte an, man solle die Verwaltung und auch die Aufsichtsratsmitglieder der Industriebau-Gesellschaft auf Sachkundenerseh verlagern. Das sind Bankführer wie Herr Eichenau (Blaicher Aufsichtsrat), ferner Eberheim, Louis Hören, Ragenellenbogen und eine Reihe anderer vierstarker Aufsichtsräte, die wieder einmal in ihrem verdienstreichen Amt verlagert haben.

Es läßt sich noch nicht übersehen, ob der Rücktritt der Bankvertreter aus dem Aufsichtsrat der A.-G. für Verkehrswesen lediglich eine Flucht vor der Blamage war. Es besteht die Möglichkeit, daß der Rücktritt gleichzeitig ein Protest gegen eine beachtliche Anlehnung des Verkehrswesen-Konzerns an die Gruppe der Münchener Lokalbahn A.G. oder auch der Reichsbahn sein soll.

Eisenkrise beim Stahlruß.

Der Quartalsbericht April—Juni 1930.

Der Quartalsbericht des rheinisch-westfälischen Montantrustes (Bereinigter Stahlwerke A.-G. in Düsseldorf) spiegelt die schwere Krise wider, die sich in der Montanindustrie seit Jahresbeginn zusehends verschärft hat. So ist die Rohlenförderung in der Zeit von April bis Juni 1930 gegenüber dem 1. Quartal dieses Jahres von 6,67 auf 5,92 Millionen Tonnen, die Roheisenproduktion von 2,4 auf 2,1 Millionen Tonnen, die Roheisenerzeugung von 1,47 auf 1,14 und die Rohstahlproduktion von 1,56 auf 1,18 Millionen Tonnen gesunken. Im Vergleich mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres (April bis Juni 1929) ergibt sich bei der Rohlenförderung ein Rückgang um mehr als 14 Proz. und bei der Roheisenproduktion sogar eine Verminderung von 17 Proz. Bedenklich ist auch privatwirtschaftlich (angesichts der hohen Eisenkosten) der Konjunktüreinbruch bei den Stahlbetrieben, die Roheisenproduktion ist gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 33 Proz. und die Stahlproduktion sogar um fast 38 Proz. zusammengeschrumpft.

Dementsprechend ist auch der Umsatz stark zurückgegangen, wobei die Preisermäßigung aber noch nicht mitspielt. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1930 ist der Gesamtumsatz in der Berichtzeit von 329,4 auf 289,7 Millionen Mark gesunken, davon der Inlandsumsatz von 206,8 auf 108,4 Millionen und der Export von 122,4 auf 109,2 Millionen Mark. Im Vergleich zu der entsprechenden Zeit des Vorjahres hat sich der Gesamtumsatz des Stahlruß um fast 33 Proz. vermindert.

Für die Belegschaft hat die Krise verheerende Folgen gehabt. Die Zahl der insgesamt beschäftigten Arbeiter ist von Ende März bis Ende Juni 1930 trotz der Frühjahrsferien von 169336 auf 154315 Mann zurückgegangen. Innerhalb des letzten Jahres sind seit dem 30. Juni 1929 rund 22000 Mann in den Betrieben des Stahlruß abgebaut worden. Allein in den Zechenbetrieben ist die Belegschaft von 85608 auf 74442 Mann, also um 13 Proz. vermindert worden. Die Schwere der Weltkrise zeigt sich darin, daß der Auslandsabfall seit dem Juni 1929 unverhältnismäßig stärker zurückgegangen ist als der Inlandsabfall. Während die Käufe des Inlandes um 25 Proz. sanken, hat sich der Auslandsabfall um fast 50 Proz. verringert.

Diese Auswirkungen der Krise bei dem größten deutschen Montanunternehmen machte eine schnelle und wirksame Senkung der überhöhten Inlandspreise zu einer zwingenden Notwendigkeit. Mit der kümmerlichen Preislenkung im vergangenen Monat wird sich die Konjunktur nicht ankurbeln lassen und der fortgesetzte Druck auf die Weltmarktpreise für Eisen macht ein Aufrechterhalten der deutschen Monopolpreise unhaltbar.

Neue Kupferpreislenkung.

Das Internationale Kupfertariff mußte sich zu einer neuen Preisherabsetzung bequemen, und zwar wurden die in der vorigen Woche festgesetzten Notierungen von 11,80 Cents pro englisches Pfund auf 11,55 Cents herabgesetzt. Die vorgenommene Preisermäßigung entspricht einem Rückgang pro 100 Kilogramm von 109,55 M. auf 106,85 M.

Die Kupferpreisreduzierung war zu erwarten, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die in voriger Woche durchgeführte Herabsetzung der Notierungen den Markt nicht anregte. Insbesondere soll die Nachfrage auf den europäischen Märkten zu wünschen übrig lassen. Die Kupfererschiffung nach Europa geht weit über die Käufe der europäischen Verbraucher hinaus. Außerdem hielten in Amerika Preisunterbietungen durch die Kupferhütten an.

Das Wohnungsbauprogramm des Reichs.

Grundsätze des Reichsarbeitsministeriums.

Das Reichsarbeitsministerium hat heute die Grundsätze für die Durchführung des zufälligen Wohnungsbauprogramms des Reichs den Länderregierungen zugeleitet. Dieses Wohnungsbauprogramm des Reichs ist ein Teilausschnitt aus den Maßnahmen der Reichsregierung zur Behebung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Zweck, durch Förderung des Kleinwohnungsbaues sowohl der ganz erheblichen Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern und in der Baustoffindustrie abzuwehren wie auch an Orten mit einem wirtschaftlich gerechtfertigten Wohnungsbedarf Wohnungen mit Mieten herzustellen, die von den minderbemittelten Schichten getragen werden können. Die Maßnahmen des Reichs dürfen keineswegs dazu benutzt werden, an den ordentlichen Bauprogrammen Einsparungen zu machen.

Das Wohnungsbauprogramm des Reichs wird in enger Zusammenarbeit mit den Ländern durchgeführt. Zur Durchführung des zufälligen Wohnungsbauprogramms stellt das Reich einen Betrag von 100 Millionen Reichsmark zur Verfügung, der auf die Länder nach Abzug eines Ausgleichs fonds von 15 Millionen Reichsmark nach Maßgabe des Wohnungsbedarfs und der Arbeitslosigkeit verteilt wird. Aus diesem Betrage werden hypothekarisch zu sichernde Reichsdarlehen gegeben, die zunächst mit 1 Proz. verzinslich sind. Ihnen kann eine erste Hypothek vorgehen, wegen deren Beschaffung zur Zeit noch Verhandlungen im Gange sind. Die Gesamtzinsbelastung muß so sein, daß für die minderbemittelten Schichten tragbare Mieten der Gewährleistung sind. Die Erzielung geringer Mieten ist eine der Hauptvoraussetzungen, an die nach den Grundsätzen die Gewährung von Reichsdarlehen geknüpft ist. Während bisher die Mieten der mit Hauszinssteuermitteln geförderten Kleinwohnungen durchaus nicht immer von den Kreisen gezahlt werden konnten, für die die Wohnungen eigentlich bestimmt waren, sollen nunmehr Mieten erzielt werden, die in der Mehrzahl der Fälle wesentlich unter den bisherigen durchschnittlichen Mieten liegen.

Die Verbilligung soll dadurch erreicht werden, daß einmal die Grundflächen der Wohnungen, entgegen der bisherigen bei Hauszinssteuerbauten vielfach geübten Praxis, auf das Mindestmaß beschränkt werden. Sodann sollen die Baustoffe und Bauteile durch Abschluß geeigneter Lieferungsverträge zu einem solchen Preise beschafft werden, daß eine wesentliche Herabsetzung der Baukosten eintritt; ferner soll eine Zusammenfassung der Bauvorhaben ebenfalls eine Senkung der Baukosten bewirken. Das einzelne Bauvorhaben soll mindestens 20 Wohnungen, in Städten mit über 100 000 Einwohnern mindestens 50 Wohnungen umfassen. Die Grundsätze des Reichsarbeitsministeriums machen es zur Pflicht, mit allen Mitteln die Baukosten ganz erheblich unter die bisher üblichen Sätze zu senken. Kann dies nicht erreicht werden, so ist von der Ausführung der geplanten Bauvorhaben abzusehen. In den Grundsätzen ist auch vorgesehen, daß in den Fällen, in denen während der Bauausführung

eine vermeidbare Verteuerung eintreten sollte, das Reichsdarlehen zurückgezogen werden kann.

Zulässig sind Wohnungen nur mit einer Wohnfläche von 32 bis 45 Quadratmeter; soweit die Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern bestimmt sind, können größere Wohnflächen, jedoch nicht über 60 Quadratmeter zugelassen werden. Die Mieten für Wohnungen von 32 bis 45 Quadratmeter dürfen 20 bis 40 M., die bis zu 60 Quadratmeter 40 bis 50 M. monatlich nicht übersteigen.

Es ist ferner Voraussetzung für die Reichsdarlehen, daß durch die Bauvorhaben der Arbeitsmarkt erheblich entlastet wird, und zwar insbesondere in denjenigen Gebieten, in denen unter den Bauarbeitern eine besonders starke Arbeitslosigkeit besteht. Die Firmen, die Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm erhalten, müssen sich verpflichten, bei Bedarf die Arbeitskräfte von den Arbeitsämtern zu beziehen. Sie müssen ferner ihre Arbeiten ohne Ueberstunden ausführen lassen.

Es wird erwartet, daß durch die Maßnahmen des Reichs zusätzlich rund 30 000 Wohnungen erstellt werden können. Anträge auf Förderung von Bauvorhaben mit Reichsdarlehen sind nicht an das Reichsarbeitsministerium, sondern an die für die Förderung des Kleinwohnungsbaues schon bisher zuständigen Landesstellen zu richten.

Wenn Banken kontrollieren... Die Revolte der Aktionäre bei der A.-G. für Verkehrswesen.

Am „Blauen Saal“ des Eden-Hotels spielte sich am Freitag eine der bewegtesten Generalversammlungen der letzten Jahre ab. Über 500 Aktionäre saßen und standen dichtgedrängt von 11 Uhr früh bis zum späten Abend der Versammlung der A.-G. für Verkehrswesen gegenüber, um mit deren Repräsentanten, dem unternehmenslustigen (und ehemaligen Kolonialdeutschen) Generaldirektor Lübbert und dem Eisenbahnsachmann (und jetzigen Rittergutsbesitzer) Max Dräger wahre Redeschlachten auszutragen. Mehrere Anwälte, an ihrer Spitze Dr. Masberg, als Vertreter englischer Groß- und deutscher Kleinaktionäre legten sich mit der Frage auseinander, ob die A.-G. für Verkehrswesen 5, 8 oder 9 Proz. Dividende für das Jahr 1929 verteilen soll, und der Frage der Einsetzung einer Revisionskommission. Generaldirektor Lübbert mußte schwere Vorwürfe einstecken wegen der Herabsetzung der Vorjahresdividende von 11 auf 5 Proz.

Für die Deffinitivität ist aber weniger die Dividendenreduktion selbst, als ihre Vorgeschichte von Interesse. Was sich dabei herausstellte, erinnert in vielem an den Pavag-Skandal. Wiederum sind es prominente Bankdirektoren, die als Aufsichtsräte auf eine diametrale Weise verlagert haben. Die Herren haben es vorgezogen, ihr Heil in der Flucht zu suchen und nicht einmal den Versuch einer Verteidigung ihrer Unterlassungssünden vor den Aktionären zu machen, die in diesem Fall nicht die alleinigen Beschädigten sind.

Kommiß in der Karikatur

Wie er ist und wie er war

Der „Stahlhelm“, sogenannter Bund der Frontkämpfer, hat in diesem Jahre auf dem Dampfer einer großen deutschen Schiffsahrtsgesellschaft eine Nordlandfahrt gemacht, bei der die anderen Mitfahrer, die „Zivilisten“, sich die Haare raufen oder aus dem Bogen nicht herauskommen. Dieser Unterschied in der Gefühlsäußerung war eine Frage der persönlichen Veranlagung.

Es waren nämlich an einem Schwarzen Brett, gerade wie in der Kaserne, Armeebefehle des Generalissimus Seidie angeheftet, auf denen geschrieben stand: „8 Uhr Antreten im Dienstanzug... 12 Uhr Antreten in Kampfeinstellung am Denkmal des Kampfnation Krieg... 5 Uhr Gymnastikübungen... 6 Uhr Appell im Dienstanzug.“ Wir erzählten hierüber bereits.

Das ist natürlich nachgeahmter karikiert Kommiß in Reinkultur, aber Herr Seidie und seine Kameraden vom Stahlhelm haben den unfreiwilligen Wit beim Kommiß den Zuständen bei der königlich preussischen Armee ziemlich genau abgesehen. Schon damals, vor 16 Jahren frühestens also, lief bei den „Preußen“ und auch bei den schneefelligen Leuten das Wort um: „Kein Befehl ist so domin, als daß er nicht durch befohlene dämliche Ausführung noch dümmer erscheinen könnte.“ Ich war im Frühjahr 1918 beim Erloßbataillon meines Stammregiments Zugführer. Wir, einem 24jährigen jungen Menschen, unterstanden Landsturmlente, die 45 bis 50 Jahre auf dem Buckel hatten. Auf dem Dienstzeitel war „Turnen und Spielen“ angeheftet. Ich fragte: „Was wollen wir denn nun machen?“ Einer rief: „Kage und Maus.“ Wir spielten also Kage und Maus. Ich „beaufsichtigte“ die Angelegenheit, und im Vorbeigehen sagte ein alter Landsturmmann zu mir: „Mein Junge, der 12 Jahre alt ist, muß abends, damit er ein paar Pfennige für seine Frau verdient, Zeitungen austragen. Kann ich nicht nach Hause arbeiten gehen, und dann schicke ich Ihnen meinen Jungen, damit er hier Kage und Maus spielt?“ Ich konnte nur mit den Achseln zucken.

Der preussische Kommiß war in der Tat beinahe so karikiert, wie der Stahlhelm. Als stellvertretender Adjutant beim Bataillon erlebte man dieses: Die Eingänge waren zum Vortrag beim Herrn Kommandeur sorgfältig angeordnet. Zu oberst lagen die Dinge, die den Bermerk „eilt“ oder „eilt sehr“ trugen. Der Bataillonskommandeur, ein Graf seines Zeichens, sagte: „Werten Sie sich eins: Schriftstücke, die von einer vorgeschlagenen Dienststelle kommen und den Bermerk „eilt“ tragen, sind ein Beweis dafür, daß höheren Orts irgendetwas verbummelt ist. Wir sind nicht dafür da, um 1. die Bummelzeiten vorgeschlagener Dienststellen zuzumachen, und 2. besteht kein Zweifel, daß eilige Dinge durch längeres Zuwarten noch eiliger werden.“ Die eiligen Sachen wurden also in Zukunft quantitativ gelegt und nicht erledigt.

Da war während des Krieges in einer norddeutschen Handelsstadt Garnisonältester ein früherer Oberleutnant vom Regiment Garde du Corps. Er war, alter Adel selbstverständlich, Zeit seines Lebens bei diesem Seiner Majestät besonders attachierten Regiment

gewesen und hatte vom wirklichen Leben nicht den Schimmer einer Wirtung. Eines Tages fragte er einen ihm unterstehenden Offizier: „Was sind das eigentlich für Leute da am Hofen, die immer in so einer braunen Uniform herumlaufen und nicht militärisch grüßen, wenn ich vorbeikomme?“ „Das sind Zollbeamte, Herr Oberleutnant.“ „Was machen denn die Leute da?“ „Die Zollbehörde, Herr Oberleutnant, hat die Aufgabe, die ein- und ausgehenden Waren im Hofen zu prüfen und eventuelle Zollvergehen festzustellen.“ „Hab ich mir doch gleich gedacht, daß es sich um so eine Heringsbändergeschichte handelt, wo die Kerls nicht militärisch grüßen.“

So war der vertrottelte und in vielen Dingen spähige Kommiß, der freilich manchen Mustrier, manchen Kanonier und manchen Landwehmann in Arrest brachte. Herr Seidie ahmt ihn nach, nur muß er um so lächerlicher wirken, weil er etwas vordrückt, das gemessen und begriffen ist. Die Nordlandfahrt erinnert an den Sang an Regir, von dem ein preussischer Oberst sagte, daß er zum Kopfen wäre. Sie hat weder Geruch an sich, und man fragt sich nur, welchen Eindruck die Dänen und Norweger von diesen Vertretern Deutschlands bekommen haben. In einem übrigen sind die Armeebefehle Seidies noch von besonderem Interesse. Es war nämlich auf dem Schiff angeschlagen, „daß Kameraden, die eine Photographie des Bundesführers mit eigener Unterschrift wünschen, sich dann und dann, dort und dort zu melden haben.“ Das spiegelt die gleiche Eitelkeit wider, die eine große Zahl von Offizieren Wilhelms II., dem Führer und Kriegsherrn nachgeahmt, behag. Noch im Kriege gab ein Militärsatellit in einem neutralen Lande, wenn er ausgekauft wurde, die Begrüßung, wir den Offizieren die Hand. Vor dem Kriege galt Generalfeldmarschall Graf Waldersee als Mensch, der — außer mit Stäcker — nur mit adligen Stabsoffizieren verkehrte. Der Chef des kaiserlichen Militärfabinetts, Graf Hülsen-Haeseler, legte besonderen Wert auf seine damenhafte Taille, der General von Plüskow hatte keinen größeren Stolz, als immer wieder zu sagen: „Ich bin der längste Offizier Seiner Majestät.“ In dem Gästebuch einer Gutsbesitzerfamilie fand ich diesen Vers:

Der schönen Hausfrau vielen Dank,
die mir den ersten Orden hangt.

Dies Gedicht kann gewiß nicht Anspruch erheben, in die Schulbücher übernommen zu werden, schon weil die Kinder dann sehr schlechtes Deutsch lernen. Aber es kennzeichnet den Geist. Der Leutnant hatte den Roten Adlerorden IV. Klasse bekommen, von dem man im übrigen sagte: „Und so wird man immer älter und dümmer und zum Staatsdienst geeigneter, bis man endlich durch Verleihung des Roten Adlerordens IV. Klasse dem Fluche der allgemeinen Väterlichkeit anheimfällt.“

Herr Seidie hat den Roten Adlerorden nicht mehr nötig, außerdem perhorresziert er ja die Farbe Rot, und der Fluch der allgemeinen Väterlichkeit ist von allen Einsichtigen schon lange ausgesprochen.

„Übrigens, wissen Sie was Neues von Seidmann?“
„Berles hat mich heute morgen angerufen, drei Jahre hat er bekommen.“

„Armer Teufel. Er hätte es ja nicht getan, wenn er nicht so vollkommen aufgefressen gewesen wäre. Verheiratet und so, Sie verstehen. Vermutlich, daß er sich gedacht hat, er könne es ja später wieder zurückgeben.“

„Schon, schon. Aber man macht derlei Dinge eben nicht. So was ist Diebstahl. Ehrlich währt immer am längsten. Ganz richtig, daß sie ihn hopp genommen haben. Wo können wir hin, wenn Seidmanns Moralgrundsätze so lag wären! Auf Wiederseh'n!“
„Auf Wiederseh'n!“

Das älteste Bergwerksglück

Bergwerksarbeit und Bergwerkskatastrophen sind nicht, wie man lange Zeit glaubte, Errungenschaften der jüngeren Menschheitsgeschichte, sondern sie sind schon bei Vertretern der steinzeitlichen Menschheit festgestellt worden, obwohl man diese uralten Vertreter des Menschengeschlechts sich nur seltener bei der Beschäftigung im Bergwerk vorstellen kann. Trophäen wurden vor einiger Zeit nicht nur — allerdings primitiv — Werkzeuge zur Aushebung von Bergwerksschächten gefunden, sondern es wurde sogar bei Dhaurg in Belgien ganz unzweifelhaft die Spur einer Bergwerkskatastrophe entdeckt, die sicherlich das älteste derartige Unglück der Menschheitsgeschichte ist. Man fand nämlich in Dhaurg das Skelett eines Steinzeitmenschen, das seiner Länge nach einem durch ein Bergwerksglück verhängenen und gestörten Bergmann der Steinzeit gehört. Der Steinzeitmensch brauchte genau so den Feuerstein, wie wir heute Kohle, Eisen und Gold brauchen, denn der Feuerstein war das Material für die Werkzeuge der Steinzeitmenschen und für ihre Waffen, mit denen sie das Wild erlegten, das sie für ihren Lebensunterhalt brauchten.

Auch die Sicherung ihrer Niederlassung gegen Raubtiere konnte nur mit den Waffen aus Feuerstein durchgeführt werden. Es ist also klar, daß der Feuerstein in dem Steinzeitalter die größte Bedeutung hatte, und daß die Steinzeitmenschen bestrebt sein mußten, möglichst große Lager derartiger Rohstoffe für alle Werkzeuge und Waffen ihres Lebensbedarfs festzustellen. Nun waren die Feuersteinlager nicht sofort „greifbar“, sondern sie waren in den tiefen Schichten der Kreideformation eingebettet. Die Steinzeitmenschen, die demnach durchaus nicht so kulturlos waren, wie es den Anschein hat, wußten sich aber Rat und eröffneten ein regelrechtes Bergwerk, in dem sie senkrechte Schächte bis zu einer Tiefe von 12 Metern ausbauten, um bis zu den dort eingebetteten Feuersteinbänken vorzustoßen. Die Schächte waren ungefähr 1 Meter breit. Um die großen Feuersteinlager zu erschöpfen, wurden in der Tiefe der Bergwerke Stollen vorgetrieben, durch die die steinzeitlichen Bergmänner an die in den Kreidefögern befindlichen Feuersteinbänke gelangten.

Als Instrumente benutzten diese ältesten Bergarbeiter der Welt Hirschhornhaken, wie sie vor Jahren vielfach als Spazierstockgriffe verwendet wurden. Mit diesen Hirschhornhaken wurde der Feuerstein aus der Kreide herausgehauen. Zum Ausgraben der Schächte wurden Schulterblätter großer Tiere benutzt, die den Dienst der heutigen Schaufel versahen. Zwar waren die Steinzeitmenschen in technischer Beziehung tüchtig genug, in ihren Bergwerken Stützpunkte zu errichten, um die Einsturzgefahr zu verringern und das Leben der unter der Erde arbeitenden Menschen zu sichern. Noch heute kann man bei dortigen Schächten, die nicht nur in Belgien gefunden wurden, die uralten Sicherungen feststellen. Trotz dieser geschickten und klugen Vorkehrungen waren aber doch Bergwerkskatastrophen schon in jener Zeit nicht ganz zu vermeiden und so kam es, daß manchmal die Schächte nachgaben und Steine und Sand in ungeheuren Mengen in die Tiefe des Bergwerks hinabstürzten. Der steinzeitliche Bergarbeiter, dessen Skelett in Dhaurg gefunden wurde, ist von einem derartigen Sturzschutt bei seiner Tätigkeit unter Tage überrollt worden und verlor dabei sein Leben. Offenbar hat man diesen Schacht damals nicht wieder ausgehauen, denn das Skelett des verunglückten Bergarbeiters wurde völlig ordnungsmäßig liegend gefunden. Neben dem Skelett befand sich noch die Hand aus Hirschhorn, mit der er nach dem kostbaren Feuerstein gegraben hatte.

Eine Woche im schlimmsten Urwald

Wie bereits gemeldet, mußten zwei englische Flieger in dem Kraton Noma an der Bai von Bengal niedergehen, einem Gebiet, das als der schlimmste und unzugänglichste Urwald auf der Erde geschildert wird. Der eine von ihnen, Hoof, der zurückbleiben mußte, wird jetzt gesucht, aber man hofft kaum noch, ihn lebendig aufzufinden. Der andere, Matthews, hat sich unter den größten Anstrengungen und Entbehrungen durchgeschlagen und wurde im Zustande völliger Erschöpfung nach dem nächsten größeren Ort, nach Prome, gebracht. Er ist jetzt wieder soweit hergestellt, um von seinen erlaunlichen Abenteuer zu berichten. Matthews gibt an, daß bei dem Flug über den Kraton Noma die Aussicht so schlecht war, daß sie nur etwa einen Meter weit blicken konnten. Plötzlich stürzte die Maschine in ein großes Bambusgebüsch, blieb dort einige Minuten hängen und glitt dann auf den Boden, so daß sie im dichtesten Urwald, etwa 400 Kilometer von Prome, begraben waren. Da dieser kaum noch je von Menschen begangene, von Tigern und anderen wilden Tieren bewohnte, von giftigen Insekten und Reptilien verheute Wald furchtbare Gefahren bietet, so befanden sich die Flieger in der schlimmsten Lage; sie beschloßen, das Flugzeug zu verlassen, den ganzen Vorrat mitzunehmen und sich durch das undurchdringliche Dickicht durchzuschlagen. Als sie aber einige Zeit unterwegs waren, fanden sie, daß sie im Kreise gegangen waren, denn sie standen plötzlich wieder bei der Maschine. Sie brauchten von neuem auf, erreichten einen Fluß und folgten diesem nun sieben Tage lang, nur mit ihren Fliegeranzügen bekleidet, durch beständige Sturzregen ausgehalten, schrecklich leidend unter der furchtbaren Hitze und den Insekten, die ihnen jeden längeren Schlaf unmöglich machten. Bohin sie blühten, begegneten sie immer der undurchdringlichen Wirtnis des Tropenwaldes, ohne jedes Zeichen einer menschlichen Niederlassung. Der Nahrungs- mittelvorrat ging immer mehr auf die Neige, und nach dem siebenten Tage war Hoof so erschöpft, daß er zusammenbrach. Er redete dem Gefährten zu, ihn zurückzulassen und Hilfe zu suchen. Matthews bettete ihn so bequem wie möglich unter einem schattigen Baum am Fluß, ließ ihm einigen Vorrat zurück und brach dann selbst die mühselige Wanderung durch den jumpfigen Grund fort, bis er auf einige Darbhöhner am Rande des Dickungels stieß, die ihn freundlich behandelten und nach Prome brachten. Ihre Versuche, nach Hoof zu suchen, scheiterten an schweren Regengüssen, die das Land überfluteten.

Eine Kuhhaut ergibt im Durchschnitt 15 bis 16 Kilogramm Leder, eine Pferdehaut dagegen nur etwa über 8 Kilogramm.

Der erste Schlafwagen tauchte in Amerika im Jahre 1838 auf, er hat also schon sein siebzehnjähriges Jubiläum hinter sich.

Harold Denton: Sixpenny Silks Ltd.

„Na, wie geht's Geschäft?“
„Danke, 's geht. Die faule Sache mit Braun hat abgejährt; Bereinigte Käse liegen schwächer. Aber sonst erholen sich 'n paar Werte.“

„Braun? Was ist denn los mit Braun?“
„Er hat die ganze Geschichte falsch angepaßt. Die Gesellschaft basierte auf dem Absatz von Vitamin-Käse — Auslandsware, versteht sich, Qualität... na ja. Nun war es keine schlechte Idee, sich durch 'n paar steifenlose Professoren beschäftigen zu lassen, daß der Käse mehr Vitamine enthielt als andere Sorten. Große Bestellungen, Prospekte, Rabatte — das Geld mußte nur so hereinkommen. Und was macht Braun? Er unterläßt das Inserieren! Acht Tage lag kein Käse beim Gesundheitsamt.“

„Ach, haben Sie schwer gebüht?“
„Ich habe die Chole zwar mit ihm gedreht, aber vorsichtig, nicht wahr, — Braun... Sie verstehen! Bares Geld gab ich ihm nicht, nee; wollte mal erst leben, wie sich die Sache anlieh.“

„Kredite sind jetzt überhaupt 'n bißchen verstreift, hm?“
„Gegenwärtig ziemlich. Aber lassen wir das Großgeld; wozu haben Sie mich aufgeleht?“

„Neue großartige Sache! Wird sich tadellos machen und mühte Sie eigentlich interessieren. Das heißt: wenn Sie eine Kleinigkeit einschleichen können, nur für den Anfang.“

„Falls es nicht allzuviel ist, gewiß. Hängt ganz davon ab, was Sie brauchen.“

„Schön. Sie haben gehört, es ist da eine Nachahmung von Kunstseide gefunden worden. Damenstrümpfe sind —“

„Wie, Damenstrümpfe? Sie sind wohl unter die Beinjäger gegangen?“

„Lassen Sie mich aus, an den Strümpfen bin ich interessiert, nicht an dem, was drin steht. Haben Sie noch nicht gehört?“

„Nee.“

„Na, dann sollten Sie sich als Borsendeluser 'n Hörrohr zulegen. Sind Sie taub? Vor Wochen schon bin ich mit so 'nem Menschen in Verbindung gekommen, versteh'n Sie, der eine Art Nachahmung von Kunstseide hat. Kommt viel billiger als wirkliche Kunstseide und, Hauptsache, läßt keine Maschen fallen. Der Junge hat keine Ahnung von Auswertung. Ich werde an seiner Stelle das Kind zum Markte schaukeln.“

„Sie wollen also keine Läden überall aufmachen und Strümpfe verkaufen?“

„Machen Sie keine schlechten Witze. Keine Läden kann aufmachen, wer will — ich nicht. Ich bin daran, die „Bracht-Seidenstrümpf A.G.“ zu gründen. In Großbritannien nennen wir die Gesellschaft „Sixpenny Silks Ltd.“, in H.S.M. „No Ladder in Stockings Co.“. Wird sich phänomenal machen, Sie werden sehen!“

„Und was haben Sie dabei mir für eine Rolle zugebacht?“

„Sie werden einen Vertrag unterzeichnen, in dem Sie sich verpflichten, die gesamte Erzeugung unseres ersten Produktionsjahres zu übernehmen.“

„Was? Ich? Wie meinen Sie? Ich soll die Läden aufmachen?“

„Hör'n Sie zu, ich werde Ihnen die Sache ausbuchstabieren, auf einer Schiefertafel, wenn Sie wollen. Ich übernehme die Erfindung dieses Netzes... Wie heißt er nur gleich? Na egal, einen Namen wird er schon haben... und gründe die genannte Gesellschaft. Wenn's Ihnen Spaß macht, kann ich Sie in den Aufsichtsrat nehmen. Dann gründen Sie selbst auch eine Gesellschaft. Aber Sie dürfen mir nicht gleichfalls einen Aufsichtsratsposten geben, versteht sich. Sie nennen Ihre Gründung vielleicht „Strümpf-Reford A.G.“ und drüben „Smart Stocking Supply (1930) Ltd.“. Sobald Sie auf dem

Plan sind, nehmen Sie ein herausragendes Interesse an unserer Erfindung und machen uns zu einem möglichst günstigen Preis das obige Angebot. Die „Bracht-Seidenstrümpf A.G.“ gibt auf das Angebot der „Strümpf-Reford A.G.“ ein und wir unterzeichnen den Vertrag.“

„Der Grundgedanke ist mir klar. Aber ich habe da noch ein paar...“

„Hör'n Sie noch einen Moment zu! Im Prospekt unserer Aktien-Emission kündige ich selbstverständlich an, daß es sich um eine todsichere, risikofreie Sache handelt. Zum Beispiel ist die „Strümpf-Reford A.G.“, so schreiben wir, sofort auf unsere Erfindung aufmerksam geworden und hat sich von vornherein die Produktion des ganzen ersten Jahres gesichert. Ob das beim Publikum nicht einschlagen wird! Ich sage Ihnen, die Emission wird um ein Vielfaches überzeichnet werden.“

„Und dann?“

„Dann? Na, dann wird das Geld für die Aktien hereinkommen. Vielleicht werden wir denen, die leider keine Anteile mehr bekommen konnten, eine Aufforderung zugehen lassen, sie sollen ihr Geld lieber in unserer „Chinesischen Seiden A.G.“, Sie verstehen „Sixpenny Silks (China) Ltd.“ — können wir ja noch gründen! — investieren, statt in ihren Erwartungen enttäuscht zu werden und das Geld zurückgelassen zu erhalten. Nach diesen Vortransaktionen treten unsere Gesellschaften in neuerliche Unterhandlungen.“

„Die, wie ich hoffen will, etwas weniger einseitig sein werden, was?“

„Ihre Gesellschaft hat also einen Vertrag, demzufolge Sie unsere erste Jahresproduktion übernimmt. Nun machen wir Ihnen das Angebot, Sie aufzukaufen. Versteh'n Sie mich?“

„Hm, 's ist mir eigentlich noch 'n bißchen unklar, offengestanden.“

„Unklar? Was kann Ihnen denn da unklar sein? Wenn wir Ihre Gesellschaft aufkaufen, ist der erwähnte Vertrag natürlich außer Kraft geworden.“

„Ah, dann hätte ich immerhin mit den künstlichen Kunstseidenstrümpfen nicht viel zu tun. Sympathische Lösung.“

„Aber Menschenskind, von wirklichen künstlichen Kunstseidenstrümpfen ist doch überhaupt keine Rede, d. h. vorläufig noch nicht. Jemand wird sich schon finden, der das nachher macht. Lassen Sie das anderer Leute Sorgen sein. Wir beide sind an Finanzierungen interessiert, nicht an Produktionsgeschäften. Wenn wir beide die Sache ehrlich untereinander abmachen, kann sie nicht schief gehen.“

„Hoffentlich nicht. Immerhin wäre es vielleicht ratsam, einige der Strümpfe gleich herzustellen — für den Fall, daß jemand sie sehen möchte.“

„Werden wir machen, gewiß. Die Produktionskosten würden etwas höher liegen als 'ne halbe Mark je Paar, aber wo wäre das heute schon anders in der Produktion. Darum lohnt sie sich auch nicht. Nur nicht in die Erzeugung, hab' ich schon immer gesagt: ausschließlich in die Finanz!“

„Wer soll denn außer mir noch in die Gesellschaft kommen?“

„Beliebig die üblichen Fassadenpflünder, nichts weiter. Na, was meinen Sie?“

„Ich werde mir die Sache durch den Kopf gehen lassen. Hängt ganz davon ab, was ich riskieren kann. Sie werden auf jeden Fall Antwort erhalten, hm, sagen wir: morgen.“

„Schön, morgen. Die Sache eilt nämlich. Ich möchte endlich anfangen, das Geld einzuschleichen.“

„Selbstverständlich. Ich muß jetzt leider weg... also: auf morgen!“